

st r e i f e

ISSN 0585-4202

POLIZEI
des Landes
Nordrhein-Westfalen



48. Jahrgang • Heft 1–2/2008

Herausgeber: Innenministerium NRW

www.polizei.nrw.de

**PP Köln organisiert
zentrale Vereidigungsfeier
der Polizei NRW**

**Innenministerium NRW
im Dialog mit den
Polizeibehörden**

**Neue Dienststelle
„Zentrale Internet-
recherche“ (ZIR) beim
Landeskriminalamt**

**PP Bonn berichtet
zur Mordkommission
„Hannah“**





Kolleginnen und Kollegen spendeten rund 1.700,- Euro. Sie wurden jetzt von der Polizeistiftung NRW und Innenminister Dr. Ingo Wolf an die DKMS übergeben.

V.l.: Wilfried Albishausen, Herbert Uebler, Dr. Ingo Wolf, Ingrid Seipold, Dr. Oliver Heidinger, Diethelm Salomon.

Polizisten im Einsatz gegen Leukämie

Erfolgreiche Typisierungsaktionen in NRW-Polizeidienststellen

Im September 2005 fiel der Startschuss für eine landesweite Polizeiaktion zugunsten leukämiekranker Patienten: Unter der Schirmherrschaft von Innenminister Dr. Ingo Wolf rief das Innenministerium Nordrhein-Westfalen alle Polizeibeschäftigten des Landes auf, sich als neue potenzielle Stammzellspender in die Deutsche Knochenmarkspenderdatei gemeinnützige Gesellschaft mbH (DKMS) aufnehmen zu lassen. Diesem Aufruf folgten bis heute 584 Polizeibeamtinnen und -beamte. Eine Kollegin aus Hennef im Rhein-Sieg-Kreis konnte im Juni 2006 für einen Patienten lebensrettende Stammzellen spenden.

Alle 45 Minuten erkrankt in Deutschland ein Mensch an Leukämie, darunter auch viele Kinder und Jugendliche. Für viele von ihnen ist die Übertragung gesunder Stammzellen die einzige Heilungschance. Für eine erfolgreiche Transplantation müssen die Gewebemerkmale des Stammzellspenders nahezu vollständig mit denen des Patienten übereinstimmen. Die

Wahrscheinlichkeit einer solchen Übereinstimmung liegt zwischen 1:20.000 und 1:mehreren Millionen. Obwohl in der DKMS über 1,6 Millionen potenzielle Stammzellspender registriert sind, gibt es für jeden fünften suchenden Patienten keinen passenden Spender. Zahlen wie diese bewegten im September 2005 die polizeiärztlichen Dienste des Landes Nordrhein-Westfalen, gemeinsam mit der DKMS allen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich typisieren zu lassen.

Wie nah das Thema Leukämie von einem Moment auf den anderen rücken kann, erfuhren die Polizeibeamtinnen und Beamten aus Paderborn im Sommer 2007: Ein Kollege aus ihren eigenen Reihen war erkrankt. Bei einer internen Typisierungsaktion in der Kreispolizeibehörde in Paderborn wurden 143 neue potenzielle Lebensspender in die DKMS aufgenommen.

Immer noch liegen bei den polizeiärztlichen Diensten in Nordrhein-Westfalen über 500 Typisierungssets bereit. Mitma-

chen kann jeder zwischen 18 und 55 Jahren, der in guter gesundheitlicher Verfassung ist. Jeder Einzelne zählt und kann vielleicht schon bald zum Lebensspender werden. Die Polizei, dein Freund und Helfer – auch im Einsatz gegen die Leukämie!

Die Registrierung und Typisierung eines Spenders kostet die DKMS 50 Euro. Als gemeinnützige Gesellschaft ist die DKMS bei der Spenderneugewinnung allein auf Geldspenden angewiesen. Aus diesem Grund sammelten die Kolleginnen und Kollegen aus den Polizeidienststellen des Landes NRW rund 1.700,- Euro und übergaben sie der DKM, um einen Teil der Typisierungskosten zu finanzieren. Doch weitere Gelder werden dringend benötigt. Jeder Euro zählt!

Spendenkonto 255 556 bei der Kreis-sparkasse Tübingen, BLZ 641 500 20 mit Verwendungszweck PBL 003.

Mehr Infos im Internet unter www.polizeistiftung.nrw.de oder unter www.dkms.de.

Liebe Leserinnen und Leser,

„3000 Polizisten in Schutzmontur mussten Nazimarsch absichern“, so die Überschrift der Dresdner Morgenpost in ihrer Sonntagsausgabe. An dem Großinsatz Mitte Februar nahm auch die NRW-Bereitschaftspolizei teil, begleitet von der Redaktion „Streife“ (siehe Artikel auf Seite 26) sowie dem Einsatzreferenten, LPD Bernd Heinen. Zu den befürchteten massiven Auseinandersetzungen zwischen „Rechten“ und „Linken“ kam es nicht. Dank der professionellen Umsetzung des Auftrags durch die Polizei, bestand für die Gewaltbereiten keine Chance zu Krawallen.

Als Redakteur der „Streife“ habe ich das Geschehen hautnah miterleben dürfen. Das ungeschminkte und provokante Auftreten der Neonazis war für mich ein sehr belastender Eindruck. Ich bin seit 25 Jahren Polizeibeamter und habe schon viele rechtsextreme Versammlungen und Aufzüge gesichert. Dieser Einsatz ging aber weit über das hinaus, was ich bisher erlebt habe. Schon bei der Auftaktkundgebung vor dem sächsischen Landtag wurden etwa 3.800 „Kameraden“ der Neonaziszene auf verbale Attacken gegen die Demokratie eingeschwoen. Rund vier Stunden lang marschierte der „braune Block“ geschlossen durch die Innenstadt. Vor dem Dresdner Zwinger fand schließlich die Abschlusskundgebung der „Rechten“ statt. Weitere zwei Stunden hetzten Redner gegen demokratische Gepflogenheiten. „Deutschland, Deutschland, über...“ dröhnte es schlussendlich aus den Lautsprechern.

Zum Glück wurden an diesem Tag keine Kolleginnen und kein Kollegen verletzt. Ich bin mir aber sicher, ein schlechtes Gefühl hat jeder mit nach Hause genommen.

Ralf Hövelmann, Redaktion „Streife“

Ralf Hövelmann,
Redaktion „Streife“
Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: streife@im.nrw.de
www.streife-online.nrw.de

Das Titelfoto entstand bei der zentralen Vereidigung der Polizei NRW in Köln und zeigt jubelnde Polizeikommissarsanwärterinnen und -anwärter – Fotos: Jochen Tack



Polizeipräsidium Köln – Zentrale Vereidigungsfeier der Polizei NRW 4

Innenministerium NRW – Im Dialog mit den Polizeibehörden 6

Landeskriminalamt NRW – Neue Fachdienststelle „Zentrale Internetrecherche“ 10



Polizeipräsidium Bonn – Bericht zum Mordfall „Hannah Wiedeck“ 12

Landrat Gütersloh – Die „Aktion Speicher“ 18

Innenministerium NRW – Verkehrsunfallstatistik 2007 20



Polizeipräsidium Köln – Präventionsprojekt „Ahl Lück op Jüick“ 23

Innenministerium NRW – Einsatz der NRW-Bereitschaftspolizei in Dresden 26

Innenministerium NRW – Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2007 30



Rätsel 34

Vorschau 35

Fotos: Jochen Tack,
Jan Potente,
Yavuz Arslan



Für alle ein unvergessliches

500 Kommissaranwärterinnen und Kommissarinnen Diensteid ab – 4.400 neue Polizisten



Am 28. Februar legten bei der zentralen Vereidigungsfeier in der Kölnarena 184 Kommissaranwärterinnen und 316 Kommissarinnen ihren Diensteid auf die Landesverfassung und auf das Grundgesetz ab.

„Kein Tag ist wie der andere im Berufsleben einer Polizistin oder eines Polizisten. Sie übernehmen in besonderer Weise Verantwortung für eine gemeinsame demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung“, erklärte Innenminister Dr. Ingo Wolf den neuen Kolleginnen und Kollegen und ihren Angehörigen. Das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nord-

rhein-Westfalen und damit die Menschen- und Freiheitsrechte seien für die Beamtinnen und Beamten verpflichtend. „Besonders wichtig ist es, immer die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu wahren.“

Deutschlands größte Veranstaltungshalle, die Kölnarena, bot einen würdigen Rahmen für die zentrale Vereidigungsfeier der Polizei NRW. Rund 2.500 Angehörige und Freunde waren gekommen, um bei der Vereidigung der Tochter, des Bruders oder der Freundin dabeizusein.

Das PP Köln hatte die Veranstaltungsorganisation übernommen und bot allen

Gästen, neben dem formalen Rahmen, eine tolle Show und umfangreiche Berufsinformationen. Das Landespolizeiorchester spielte unter der Leitung von Scott Lawton gekonnt auf, unterstützt vom Männerchor des PP Köln. Daneben nutzten viele Gäste die Möglichkeit, sich in den Wandelhallen der Kölnarena über den Polizeiberuf zu informieren. Dazu hatten alle Dienststellen des PP Köln, vom SEK bis hin zum Verkehrsunfallaufnahmestrupp, in den Wandelgängen Informationsstände aufgebaut.

Weitere Fotos der Vereidigung sind im Intranet des PP Köln eingestellt.

Erlebnis

*sparanwörter legten ihren
folgen in den nächsten vier Jahren*





„Besuch aus Düsseldorf“

Polizeiabteilung des Innenministeriums im Dialog mit Polizeibehörden



Uwe Hasler,
LZPD NRW,
moderierte
die Dialog-
veranstaltung
beim PP Essen.

„Unser Anliegen ist der Dialog mit den Führungskräften in den Polizeibehörden!“ so Ministerialdirigent Carl-Heinrich von Bauer, Leiter der Polizeiabteilung (Abt. 4) im Innenministerium. Unter diesem Motto stand die Entscheidung, die Dialogveranstaltungen zwischen den Vertretern der Abteilung 4 des Innenministeriums und den Führungskräften der Behörden ein zweites Mal aufzulegen.

Von 2002 bis 2005 besuchten Vertreter der Polizeiabteilung des Innenministeriums (u. a. der Leiter der Abteilung 4, der Inspekteur der Polizei und der Landeskriminaldirektor) alle Kreispolizeibehörden, um mit deren Leitung, den Führungskräften sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst über Fragen des Neuen Steuerungsmodells, und im weiteren Verlauf auch über aktuelle Problemstellungen

in der Polizei NRW bzw. in den Polizeibehörden vor Ort zu diskutieren.

Im Oktober 2007 wurde die Besuchsreihe mit leicht verändertem Ablauf wieder aufgenommen. Dabei besuchten die Vertreter des Innenministeriums bislang sechs Polizeipräsidien und dreizehn Landratsbehörden.

Aufgrund von Rückmeldungen aus den Polizeibehörden ist festzustellen, dass die

LKD Dieter Schürmann und der Inspekteur der Polizei NRW, Dieter Wehe, diskutierten in Hamm u. a. über aktuelle Problemstellungen in der Polizei NRW bzw. in den Polizeibehörden. Rechts im Bild Polizeipräsident Erich Sievert.



Diskussionen zu aktuellen Fragestellungen einen hohen Stellenwert einnehmen. Die Führungskräfte der Polizeibehörden sollen authentische und unmittelbare Informationen zu aktuellen, die Polizei betreffenden Entwicklungen in NRW erhalten, und Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden.

Aktuell immer wieder kehrende Themenschwerpunkte sind z. B. die Änderung der Binnenorganisation, Funktionszuordnung, Beurteilungen, Neuausrichtung von Führung und Steuerung (Sicherheitsprogramme und -bilanzen, Konzentration auf die Kernaufgaben), Technik und Ausstattung.

Viele Führungskräfte machen sich auch offenbar Gedanken über den polizeilichen Nachwuchs, also über die Themen Werbung und Personalauswahl sowie Aus- und Fortbildung.

Zu diesen Fragen stehen regelmäßig der Leiter der Polizeiabteilung Carl-Heinrich von Bauer, sein Stellvertreter Norbert Wesseler, der Inspekteur der Polizei Die-

ter Wehe und der Landeskriminaldirektor Rolf Behrendt sowie bei Bedarf Vertreterinnen und Vertreter anderer Fachreferate persönlich Rede und Antwort.

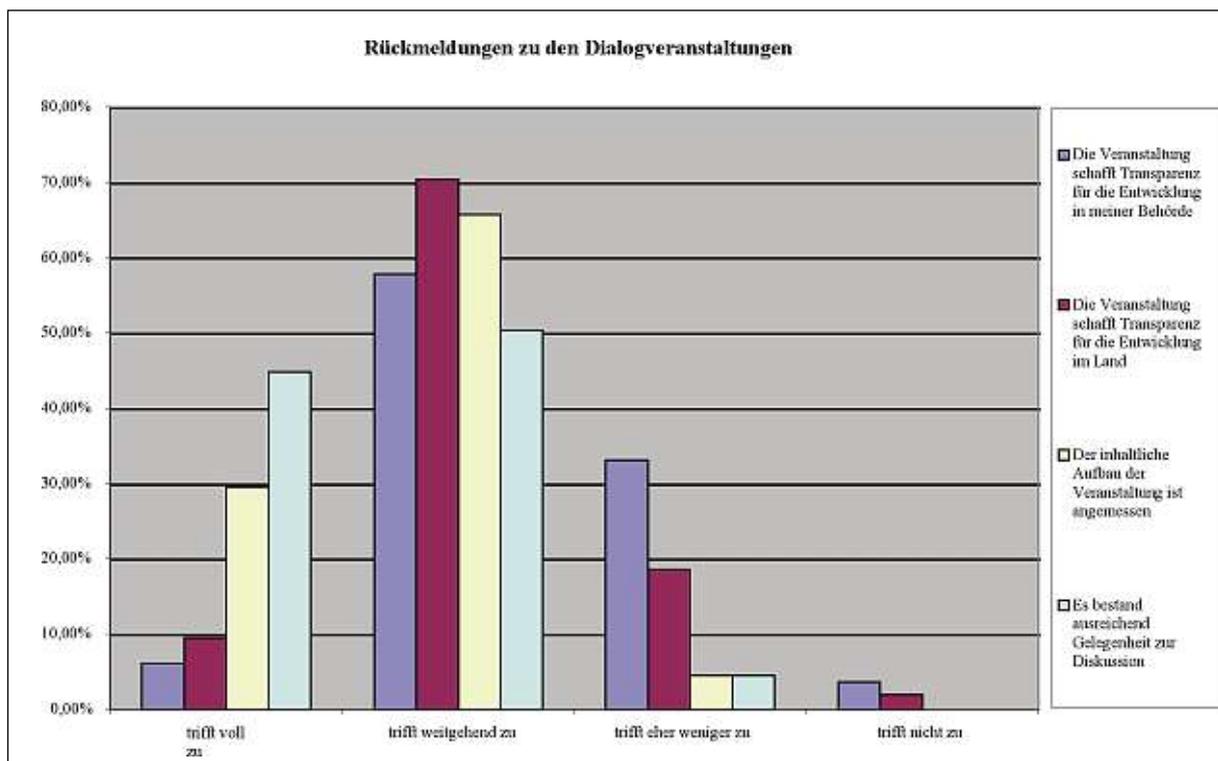
Einige Zitate aus den Rückmeldungen:

- Offener, fairer und transparenter Dialog auf Augenhöhe
- Offene, durchaus glaubwürdige Statements
- Lebendige und kompetente Vertreter des Ministeriums
- Lockere, offene Atmosphäre
- Diskussion und Erfahrungsaustausch waren offener als gedacht
- Der Dialog wurde gelebt
- Vertreter des Ministeriums waren gut vorbereitet
- Keine Tabuthemen erkennbar
- Gut hat mir die Personalauswahl des Podiums gefallen
- Das Podium war authentisch, Ansätze von Witz und Humor waren erkennbar

- Klare Aussagen auch bei Themen, die nicht populär sind
- Die Zeit war zu knapp bemessen
- Worin liegt noch die Attraktivität der Führungskraft?
- Alles wird schön geredet

Dass es regelmäßig zu angeregten Diskussionen zwischen dem „Innenministerium“ und den „Behörden“ kommt, ist auch dem Einsatz des Moderatorenteams Hasler und Gardlo aus dem Bereich Behördenberatung des LZPD zu verdanken. Beide sorgen dafür, dass wirklich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Wort kommen können. Bleiben im Einzelfall Fragen offen, so werden sie in das Ministerium mitgenommen, um dort den Sachverhalt zu prüfen und der Behörde zeitnah zu antworten.

Im ersten Halbjahr sind 18 Dialogveranstaltungen geplant, in der zweiten Jahreshälfte folgen weitere 13 Veranstaltungen. Im Jahr 2009 wird die Veranstaltungsreihe fortgesetzt.



Biker werden zum Nachdenken gebracht

Neue Schockvideos unterstützen vor Ort Präventionsarbeit



Die nordrhein-westfälische Polizei setzt ab sofort Schockvideos ein, um Motorradunfällen vorzubeugen. Die Spots zeigen in aller Deutlichkeit, wie Unfälle entstehen und welche schrecklichen Folgen sie haben.

Als bundesweit erste Polizei geht sie in Nordrhein-Westfalen seit dem letzten Jahr mit so genannten Schockvideos neue Wege in der Bekämpfung von Verkehrsunfällen. In über 1000 Einsätzen führten die Polizisten die Spots bei Kontrollen von Autofahrern und bei Veranstaltungen in Berufsschulen und mit Fahrschülern vor. Die Maßnahme setzte eine freiwillige Teilnahme voraus.

„Diese Videos haben schon manchen Raser und Gurtverweigerer zu mehr Einsicht gebracht und werden auch die Biker zum Nachdenken zwingen“, erklärte Wolf. Die neue DVD enthält je 5 Video- und Fotosequenzen zu den Themen Prävention, Crashtests, Ver-

kehrsüberwachung sowie reale Motorradunfälle und reale Motorradunfallfotos. Verkehrssicherheitsberater verwenden die DVD, um Verkehrsverstöße zu verfolgen oder ihnen vorzubeugen. Ein methodisch-didaktisches Konzept begleitet die Präsentation.

Die Schock-Videos sind Bestandteil der Aktion „Biker – sicher in NRW“. Sie werden vor allem dort eingesetzt, wo schwere Unfälle geschehen. „Die Polizisten zeigen dem Verkehrssünder ein oder mehrere der ernüchternden Videos, die einen realistischen Bezug zu dem jeweils begangenen Verstoß haben“, erläuterte Minister Wolf. „Bei schönem Wetter wird die Polizei Motorradfahrer stärker kontrollieren – egal ob





im Februar oder im August“, kündigte der Innenminister an. Der Grund: Kradfahrer haben inzwischen das ganze Jahr Saison. Und bei sonnigem Wetter passieren deutlich mehr Kradunfälle, während auf die Zahl der sonstigen Unfälle kein nennenswerter Wettereinfluss festzustellen ist. So stieg die Zahl der Unfälle mit Bikern im vergangenen April bei sommerlichen Temperaturen sprunghaft auf 871 (Vorjahr: 185) an. Im März waren es 502, im Mai 621, im Juni und Juli 561 und 552 Unfälle.

„Wir wollen die gestiegene Unfallentwicklung bei den Kradfahrern aus dem letzten Jahr stoppen“, erklärte der Innenminister. 2007 starben 125 Kradfahrer bei Verkehrsunfällen, 4.896 wurden verletzt. Das sind 10 Tote (+ 8,7 %) und 361 Verletzte (+ 8,0 %) mehr als 2006. Die Zahl der toten und verletzten Motorradfahrer stieg damit im Vergleich zu den anderen Verkehrsteilnehmern deutlich an.

Fast die Hälfte der getöteten Kradfahrer (46 %) starb bei Verkehrsunfällen an den beiden Wochenendtagen. Knapp 60 Prozent (73) kamen auf Landstraßen zu Tode. Die Polizei überwacht deshalb besonders samstags und sonntags auf den Land-

straßen die Tempobeschränkungen und Überholverbote. Sie ahndet außerdem Verstöße gegen die Helmpflicht und kontrolliert auf Drogen und Alkohol. Innenminister Dr. Ingo Wolf: „Die Polizisten gehen mit 12 zivilen Videokrädern und 30 Video-Pkw sowie stationären Kontrollen kon-

sequent gegen die Raser und Drängler unter den Bikern vor.“

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter <http://www1.polizei-nrw.de/im/Aufgaben/Verkehr>



„Tatort – Internet“

Neu: Zentrale Internetrecherche (ZIR)

„Zugriff bei günstiger Gelegenheit“: Mit Inkrafttreten des neuen Polizeiorganisationsgesetzes (POG II) am 1. Juli 2007 sind der Aufgabenzuschnitt und die Rolle des Landeskriminalamts NRW verändert worden. Außer den notwendigen Anpassungen nach dem Wegfall der Bezirksregierungen hat das Innenministerium einige fachliche Änderungen „gleich mit umgesetzt“. Dazu gehört die Zuweisung der neuen Aufgabe an das LKA, zentral für die Polizei NRW Internetrecherchen zur Verfahrensinitiiierung wahrzunehmen.

Das neue Sachgebiet 34.3 „Zentrale Internetrecherche“ – kurz ZIR genannt – ist in das Dezernat 34 der Abteilung 3 eingegliedert. Anfang September 2007 haben nach einem Auswahlverfahren sechs Mitarbeiter ihren Dienst „in der ZIR“ aufgenommen, um ihren Wirkbetrieb vorzubereiten. Weitere vier Kolleginnen oder Kollegen sollen in naher Zukunft die ZIR unterstützen.

„Vorbereitungsphase“ hieß vor allem: Planen und Aufbau der technischen Infrastruktur, die fachlichen Anforderungen entspricht, Fortbildung und Hospitationen neuer Kollegen, Vorbereiten der Medienarbeit, Information polizeilicher Adressaten und nicht zuletzt Entwickeln des fachlichen Feinkonzepts.

Aufgaben und Ziele der ZIR

Im Fachkonzept – dem das Innenministerium im Januar zugestimmt hat – sind die Ziele und Aufgaben der ZIR festgelegt:

- Strafverfahren initiieren, die bis zur Klärung der örtlichen Zuständigkeit und/oder Abgabe an die Staatsanwaltschaften bzw. Polizeibehörden bearbeitet werden
- Gefährdungssachverhalte erkennen und verifizieren, um sie aufbereitet und bewertet an die zuständigen Behörden abgeben zu können
- das Dunkelfeld der Kriminalität in Datennetzen mit dem Schwerpunkt Internet aufhellen und Gefährdungspotenziale identifizieren
- strafrechtlich relevante Entwicklungen im Internet beobachten und analysieren
- spezifische Ermittlungs- und Beweissicherungsmethoden entwickeln

Die ZIR nimmt ihre Aufgaben phänomenübergreifend, einschließlich Politisch motivierter Kriminalität, wahr. Die Aufgabenzuweisung bedeutet aber auch, dass die Ermittlungsdienststellen der Kreispolizeibehörden verfahrensbegleitende und -unterstützende Recherchen in Datennetzen weiterhin selbst durchführen.

Fragen aus den Kreispolizeibehörden

Nimmt die ZIR den Kreispolizeibehörden die Ermittlungsverfahren ab? Stellt sie als Zentralstelle für die Kreispolizeibehörden die Inhaber von IP-Adressen fest? Klare Antwort: Nein. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass von der ZIR initiierte Verfahren oder Hinweise auf Gefährdungslagen zur weiteren Bearbeitung an die Kreispolizeibehörden abgegeben werden.

Gleichwohl will die ZIR Erkenntnisse über neue Methoden und Verfahrensweisen im Zusammenhang mit Internetermittlungen mit den Fachdienststellen austauschen und die Kreispolizeibehörden dadurch unterstützen.

Können sich Täter oder Gefährder im Internet sicher fühlen?

Spezielle Dienststellen, die Recherchen in Datennetzen durchführen, sind derzeit beim BKA, Zollkriminalamt und bei den Landeskriminalämtern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen eingerichtet. Ihre Kapazitäten zusammengekommen, mögen sie ein „Tropfen auf den heißen Stein“ sein, wollte man alle Dienste des Internets annähernd kontrollieren. Deshalb verfolgen die Recherchedienststellen einen realistischen Ansatz: Das Entdeckungsrisiko soll erhöht werden, Täter sollen sich nicht zu sicher fühlen.

Im ersten Jahr wird der Schwerpunkt bei Tätern bzw. Gefährdern in den Bereichen

- Betrugsdelikte mit Bezug zum Internet
- Handel mit illegalen Gegenständen und Substanzen sowie
- Gefährdungspotenziale in Schüler- und Kontaktforen liegen.

Diese Schwerpunkte sind mit dem Innenministerium abgestimmt.

In der Aufbauphase gab es für die ZIR erste Erfolge. So wurde beispielsweise ein mit vier Haftbefehlen wegen Betrugs gesuchter 26-Jähriger Mann nach der Fest-

beim Landeskriminalamt NRW



stellung von Verbindungsdaten „online in einem Kontaktforum“ angetroffen. Kollegen der Fahndung in Bonn nahmen ihn kurz darauf fest und führten ihn seinem vorübergehend neuen Wohnsitz (JVA) zu.

Klaus Kisters, LKA NRW, Sachgebiet 34.3 „ZIR“, Kontakt: 07-224-3430 oder F LKA SG34.3@polizei.nrw.de

Tauschgesuche

PM aus Bayern sucht aus persönlichen Gründen einen Tauschpartner aus NRW (PM oder POM). Kontakt bitte über Tel.: 01 77/8 51 47 00 oder E-Mail: sebastian.hedstueck@gmx.

PK (FH) aus Rheinland-Pfalz (Wechselschichtdienst im PP Mainz, PI Mainz 1) sucht aus persönlichen Gründen Tauschpartner aus NRW. Mein Tauschpartner würde vorläufig Verwendung im PP Mainz finden – Wechsel in andere Präsidien möglich. Kontakt am besten per E-Mail: c320@lycos.de oder alternativ Mobiltelefon 01 73/4 29 09 23.

Teamwork führt zum Ermittlungserfolg

Rückschau nach Tötungsdelikt an der 14-Jährigen Hannah aus Königswinter

Anteilnahme der Bevölkerung. An mehreren Orten in Königswinter gedachten die Menschen der Verstorbenen mit Blumen, Kerzen und Plakaten.



Hannah Wiedeck



Die getötete Hannah Wiedeck.

Akribische Ermittlungsarbeit, professioneller Opferschutz, strategische Medienarbeit und Polizeipräsenz schafften Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die polizeiliche Arbeit bei diesem für Angehörige und Bürger stark belastenden Ereignis. Das ist die Erkenntnis aus einem auch aus Sicht der Polizei extrem emotional berührenden Einsatz.

Volker Wiedeck, Vater der nach Sexualdelikt ermordeten Hannah, unterstrich diese Aussage mit eigenen Worten in der Zeitschrift EMMA, Ausgabe März/April 2008: „Das ist anscheinend eine neue Einrichtung und Bonn scheint da vorbildlich zu sein. Der Leiter der Mordkommission hat den Opferschutzbeauftragten ganz abgestellt für die Kommunikation mit uns. Er hat uns auch die Nachricht überbracht, nachdem man Hannah gefunden hat. Und er hat den Notfallseelsorger hinzugezogen ...“

Der Vermisstenfall „Wiedeck“

Am 29. August 2007 wurde gegen 23.30 Uhr die Realschülerin Hannah WIEDECK von ihrer Mutter auf der Kriminalwache in Bonn als vermisst gemeldet.

Unabhängigen Zeugenaussagen und Ermittlungen zufolge wurde die 14-Jährige letztmalig in Königswinter-Thomasberg, Haltestelle „Zum kleinen Ölberg“, gesehen. Dort war sie gegen 19.54 Uhr in den Linienbus gestiegen. Gegen 20.30 Uhr wurde Hannah von ihren Eltern Zuhause in Königswinter-Oberdollendorf zurückerwartet. Sie kam jedoch nicht an.

Such- und Fahndungsmaßnahmen

Die noch in der selben Nacht eingeleiteten Such- und Fahndungsmaßnahmen im Bereich Königswinter-Oberdollendorf führten nicht zum Auffinden der Vermissten.

Im Rahmen weiterer Ermittlungen und Befragungen sowie anhand von Auswertungen der Videoaufzeichnungen in der Stadtbahnlinie 66 stellten die Ermittler des KK 11 am Folgetag aber fest, dass Hannah nach Verlassen des Busses ihren Weg mit der Straßenbahn fortgesetzt hatte und an der Haltestelle Königswinter-Oberdollendorf-Nord ausgestiegen war. Von dort aus waren es lediglich 500 Meter bis zum Elternhaus.

Ermittlungsstart und Opferschutz

Eine Ermittlungskommission wurde einberufen, in der von Beginn an auch POK Klaus Schmitz als Opferschützer des Kriminalkommissariats Vorbeugung eingebunden war. Er hielt die Verbindung zur Familie und beantwortete die gegenseitig auftauchenden Fragen. Zwischen ihm und der Familie entwickelte sich bereits



Pressearbeit vor Ort mit mobiler Medienbetreuungsstelle.

Mordkommission „Hannah“: Zahlen, Daten, Fakten

Die Mordkommission leistete u.a. mit zeitweise 27 Kriminalbeamtinnen und -beamten 1500 Mehrdienststunden, ging 359 Spuren nach, sicherte beweiskräftiges Material, befragte zahlreiche Zeugen und vernahm den Beschuldigten, der schließlich seine Tat gestand.

- Der Abschnitt „Einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ beantwortete 1400 Medienanfragen, führte mehrere Pressekonferenzen durch, gab 179 Interviews, und war mit 16 Presseveröffentlichungen während der gesamten Zeit kompetenter Ansprechpartner für die Medien
- Der Abschnitt „Opferschutz und Betreuung“ war über Wochen nahezu rund um die Uhr gefordert und gab der Familie Wiedeck sowie anderen Betroffenen Halt und schuf Vertrauen in die Arbeit der Bonner Polizei.
- Der Wachleiter und die Beamtinnen und -beamten des Posten- und Streifen dienstes trugen wesentlich zur Beruhigung der Öffentlichkeit bei.
- Die Beamten und Beamtinnen der Bereitschaftspolizeihundertschaft, der Diensthundführerstaffel und der Polizeifliegerstaffel unterstützen die Arbeit der Mordkommission.
- Das Landeskriminalamt NRW wertete die gesicherten Spuren aus und lieferte damit den entscheidenden Sachbeweis.
- Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung nahm sich des Themas mit einer Projektarbeit „Veränderung des subjektiven Sicherheitsgefühls in Königswinter nach einem Kapitalverbrechen“ an.



**Suche nach
Beweismitteln
oder Hinweisen
durch Bereit-
schaftspolizei.**

frühzeitig eine enge Beziehung und ein intensives Vertrauensverhältnis.

In den Folgetagen fanden mehrere gezielte Suchaktionen der Bereitschaftspolizei- und Diensthundführerstaffel und der Polizeifliegerstaffel statt. Die ermittelnden Beamtinnen und Beamten des Kriminalkommissariates 11, der Bezirksdienst und der Posten- und Streifen dienst führten Befragungen durch.

Die Öffentlichkeitsfahndung wurde unverzüglich und sehr umfassend eingeleitet. Mit einer mobilen und einer stationären Medienbetreuungsstelle der Polizeipressestelle, Internetfahndung, Pressemeldungen, Interviews und Flugblattaktionen wurden erst die örtlichen, im weiteren Verlauf die überörtlichen Medien in den Vermisstenfall eingebunden.

An den umfangreichen polizeilichen Suchmaßnahmen und der Verteilung von hunderten von Flugblättern beteiligten sich Tag für Tag immer mehr Mitschülerin-



nen und Mitschüler, aber auch die Bevölkerung aus Königswinter und Bonn. Alle Maßnahmen zur Auffindung des Mädchens verliefen jedoch ergebnislos.

Einrichtung einer BAO

Am 3. September 2007 richtete das Polizeipräsidium Bonn eine „Besondere

Aufbauorganisation“ (BAO) ein, da der Umfang der Suchmaßnahmen, der stark prosperierenden Presseanfragen und der steigenden Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung zentral koordinierte Arbeit erforderte.

Mit dem Unterabschnitt „Opferschutz und Betreuung“ wurden zudem die erforderlichen Voraussetzungen zur Krisenbe-

wältigung bei der Familie Wiedeck und der vorbereitenden Krisenbewältigung im Schulzentrum der Christophorus-Schule (CJD) geschaffen. Die Beteiligten sollten auf die Möglichkeit vorbereitet werden, dass Hannah nicht mehr am Leben ist. Das Lehrerkollegium wurde in einer Schulkonferenz über die polizeiliche Arbeit informiert und gebeten, dass ab sofort Schülerinnen und Schüler sich nicht mehr aktiv an einer Suche beteiligen sollten. Dadurch sollte ausgeschlossen werden, dass Mitschüler möglicherweise die Leiche von Hannah finden und dadurch traumatisiert werden könnten.

Mit den Direktoren des Schulzentrums wurde ein Plan ausgearbeitet, welche Maßnahmen im Todesfall zu treffen wären. Außerdem wurden sie auf Problemsituation vorbereitet (Traumatisierung von Lehrern und Schülern, Medienanfragen u.a.). Kurzfristig wurde ein Betreuungskonzept vereinbart, dass die Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Pressestelle der CJD-Schulen in Stuttgart, der Notfallseelsorge Bonn-Rhein-Sieg und der schulischen Krisenintervention der Bonner Malteser regeln sollte.

Der Unterabschnitt „Einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ wurde unter Gesichtspunkten der Medienrelevanz eingebunden.

Fund der Leiche von Hannah Wiedeck

Mit Einrichtung der BAO am 3. September wurden erneut umfangreiche Suchmaßnahmen eingeleitet. Gegen 13.00 Uhr fanden Polizeibeamtinnen und -beamte auf dem Grundstück eines Autohauses in Königswinter eine weibliche Leiche. Diese lag in einem dichten Gebüsch und konnte zunächst nicht als die 14-Jährige Hannah identifiziert werden.



**Spurensuche.
Polizeidiensthund
im Einsatz.**

Da der Fundort nur 400 m vom Elternhaus und der Haltestelle der Linie 66 entfernt lag und bereits zahlreiche Medienvertreter vor Ort waren, überbrachte der Opferschützer Klaus Schmitz sofort die Todesnachricht. So wurde verhindert, dass die Angehörigen vom Leichenfund aus dem Rundfunk oder Fernsehen erfahren würden. Nahezu zeitgleich wurde die Schulleitung informiert, um zusammen mit einem Pfarrer die schulische Krisenintervention vorzubereiten.

Die Ermittlungskommission wurde in eine Mordkommission umstrukturiert, der zeitweise 27 Kriminalbeamtinnen und -beamte angehörten.

Überbringen der Todesnachricht

Die Überbringung der Todesnachricht an die Eltern stellte sich als sehr belastend dar, da zu diesem Zeitpunkt nur von einem Fund einer nicht identifizierten weiblichen Leiche gesprochen werden konnte. Der Auffindeort und die Gesamtumstände ließen aber darauf schließen,



**POK Klaus Schmitz,
Opferschützer des
PP Bonn**

dass es sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um die Leiche von Hannah handelte. Bereits bei der Anfahrt zu den Eltern wurden Klaus Schmitz und der zwischenzeitlich bereitstehende evangelische Priester und die Notfallseelsorge von Medien bemerkt und bis vor die Türe des Elternhauses „begleitet“.

Klaus Schmitz überbrachte die Nachricht und schilderte die Situation anschließend so: „Man findet nie die richtigen Worte“. Vom Unterabschnitt „Betreuung“ wurden sofort uniformierte Kräfte angefordert, die ab diesem Zeitpunkt die Straße zum Wohnhaus der Familie Wiedeck absperren.



Befragungsaktion:
Wer hat Hannah gesehen?
400 Haushalte
aufgesucht.

Durch die mobile Medienbetreuungsstelle des PP Bonn, die außerhalb dieser Absperrungen stand, erhielten die Journalisten aktuelle mit der MK-Leitung abgestimmte und gesicherte Informationen. Dadurch konnte der Druck auf die Familie und Anwohner deutlich minimiert werden.

Im Bonner Polizeipräsidium fand am gleichen Tag eine Pressekonferenz mit dem Bonner Polizeipräsidenten, dem zuständigen Staatsanwalt und dem Polizeiführer statt, an der alle entscheidenden Medien teilnahmen. Die Pressekonferenz wurde TV-live von den Sendern WDR und n-tv ausgestrahlt. Die Berichterstattung über das Tötungsdelikt erfolgte in allen Leitmedien bundes- und zum Teil europaweit.

Verunsicherung in der Bevölkerung

Bis zum Tag der Täterfestnahme spiegelten sich in Teilen der Bevölkerung große Verunsicherung und Ängste wider, insbesondere bei Eltern mit Töchtern im gleichen Alter wie Hannah.

Fragen und Forderungen nach mehr Polizeipräsenz, mehr Sicherheit in Königwin-

ter, aber auch nach geeigneten Präventionstipps, gingen jetzt verstärkt beim Kommissariat Vorbeugung und der Pressestelle ein.

Als Folge daraus wurde die Polizeipräsenz in dem betroffenen Stadtteil verstärkt. Der zuständige Wachleiter trat bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen auf und beruhigte die Bevölkerung mit Erläuterung des polizeilichen Maßnahmenkonzepts und stimmte sich mit dem Bürgermeister von Königswinter über Sprachregelungen in der Öffentlichkeit ab.

Die Pressestelle flankierte die Öffentlichkeitsauftritte durch strategische Medienarbeit. Dadurch konnte ein wesentlicher Beitrag zur Beruhigung der Bevölkerung geleistet werden.

Festnahme des Täters

Die Nachricht von der Festnahme des Täters wurde der Familie Wiedeck persönlich vom MK-Leiter KHK Michael Brück überbracht, so dass auch hier die Rollen zwischen Ermittlungsdienst und Opferschutz nachvollziehbar getrennt wurden.

Der Täter konnte schließlich durch den positiven Abgleich seiner Speichelproben mit gesicherten DNA-Spuren vom Tatort überführt werden. Im Rahmen der Vernehmungen legte er ein Geständnis ab. Mit der Festnahme des Täters, die erneut deutschland- und europaweite Pressereaktionen auslöste, ergaben sich für die Medienarbeit und den Opferschutz weitere Herausforderungen.

Sofort umlagerten Kamerateams das Wohnhaus des Täters in Oberdollendorf und versuchten Kontakt zu dessen Lebensgefährten aufzunehmen. Dieser wurde zwischenzeitlich – da er nicht mit der Tat in Verbindung stand, durch einen weiteren Opferschützer des PP Bonn genauso betreut, wie die Hausbesitzer der Wohnung, die im Nachbarhaus wohnten und von zahlreichen Medienvertretern „angegangen“ wurden. Auch hier leisteten uniformierte Kräfte, die diesen Wohnbereich für Medien absperren, entscheidende Unterstützung.

Die am 13. September 2007 anberaumte Pressekonferenz im Bonner Polizeipräsidium traf erneut auf ein starkes Medieninteresse. Mit Live-Berichterstattung aller

namhaften TV-Sender, etliche Radiosender sowie Agenturen und lokale und überregionale Printmedien teil wurde die Festnahme des Täters und die Arbeit der Mordkommission breit geschildert.

Betreuung der Familie

Seit dem Tod von Hannah ergaben sich bei der Familie immer wieder neue Fragen zu den Umständen der Tat, nach dem Aussehen von Hannahs Leiche, den weiteren Formalitäten und der Gestaltung des Abschieds. Daraus entwickelten sich für den Opferschützer Klaus Schmitz weitere, zum Teil sehr persönliche und intime Fragestellungen, die hier nicht erläutert werden sollen. Klaus Schmitz war auch hier ein wichtiges Bindeglied von der Familie zur Mordkommission und zur Pressestelle.

Betreuung der Schule

Zusammen mit den Notfallseelsorgern wurden erforderliche Maßnahmen abgesprochen. So wurde das Schulgelände für Medien und nichtberechtigte Personen gesperrt. Nachdem die ersten Meldungen über das Auffinden der Leiche bekannt geworden waren, begann sofort ein nicht nachlassender Strom von Menschen zu einem Wegekrenz in der Nähe des Fundortes und zum Schulzentrum. Das Lehrerkollegium wurde in einer weiteren Schulkonferenz vom Leiter K-Vorbeugung über das wei-

tere Vorgehen informiert. Alle 1200 Schülerinnen und Schüler wurde in die Aula gebeten, wo ein einstündiger Meditationsgottesdienst von Religionslehrern vorbereitet worden war und allen Anwesenden das Angebot einer Betreuung gemacht wurde.

Als Ansprechpartner standen Mitarbeiter des Kommissariates Vorbeugung, die Notfallseelsorger und die Malteser in eigens freigehaltenen Räumlichkeiten für Fragen, Hinweise und Beratungen zur Verfügung. Insgesamt 230 Einzel- und Gruppengespräche wurden in den nachfolgenden Tagen geführt. Bis zu 20 Notfallseelsorger und Unterstützungskräfte der schulischen Krisenintervention übernahmen die Betreuung an der Schule.

Trauermarsch und Trauerfeier am 5. September

Ungefähr 6000 Menschen nahmen an dem Schweigemarsch von der Nähe des Fundortes bis zum Schulzentrum teil. Durch uniformierte Kräfte wurde der Ablauf der Veranstaltung sowie die erforderlichen verkehrsregelnden Maßnahmen sichergestellt.

Bis zu zehn Übertragungswagen hatten ihre Berichterstattung „rund um Oberdollendorf“ seit dem Auffinden von Hannah zum Teil live übertragen. Diese sollten den Trauermarsch nicht stören. Also wurde mit ihnen eine „Poolbildung“ vereinbart. Im Schulzentrum durften zwei ausgewählte Fernsteams (öffentlichrecht-

lich und privat) sowie ein Fotograf Aufnahmen fertigen. Diese übermittelten ihre Aufnahmen unmittelbar nach der Veranstaltung kostenlos an alle anderen TV-Teams bzw. an die Zeitungen. Der Pressesprecher der Schule wurde dabei durch die mobile Medienbetreuungsstelle des PP Bonn unterstützt.

Die Schwestern und der Vater von Hannah nahmen unter Personenschutz am Trauermarsch teil. Sie konnten dadurch unerkannt und unbehelligt von den Medien teilnehmen. Zum Abschluss der Veranstaltung wurden auf dem Schulhof 1000 Kerzen, die als Schriftzug den Namen „Hannah“ bildeten, abgestellt. Mit einer Trauerfeier in ihrer Aula setzte die Schule am 8. September ein bewusstes Ende der Trauerzeit.

Beerdigung

Die Beerdigung von Hannah am Nachmittag des 14. Septembers zog erneut zahlreiche Medienvertreter an, die aber durch eine ordnungsbehördliche Verfügung vom Friedhof in Oberdollendorf ferngehalten werden konnten und erst im Anschluss an die Trauerfeier die Grabstätte fotografieren und filmen durften. Auch dies war mit den Medien im Vorfeld abgesprochen worden um die Pietät zu gewährleisten. Die Medien hielten sich an die Regelungen. Damit konnte dem Wunsch der Familie Wiedeck entsprochen werden.

Harry Kolbe, PP Bonn

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamendarlehensdiscounter** Vorberatung wählbar alles kostenfrei **Neu!** Schlagpreismiete Info: www.ak-finanz.de

DSB BANK
www.ak-finanz.de

und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamendarlehen einfach, fair, schnell. Lfz. 12 J., 14 J. oder 20 J., auch an Angestellte ab 5 Jahre ö.D.
*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%. Policendarlehen 4,65%, anhänglicher effektiver Jahreszins ab 4,99%.

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamendarlehen@ak-finanz.de **Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500**

Die „AKTION SPEICHE“

Erfolgreiche Bekämpfung von Fahrraddiebstählen und Verkehrsunfällen mit Radfahrern in der KPB Gütersloh



Die Prämierung des 100.000sten Fahrradhalter in „ISFASS“.

Der Landkreis Gütersloh ist bei Radfahrern – letztlich auch aufgrund der günstigen Topografie und in Randlage zum Münsterland – äußerst beliebt. Nach Schätzungen gibt es im Kreis (354.000 Einwohner) rund 280.000 Fahrräder. Dies macht sich bei der entsprechenden Kriminalitäts- (ca. 3.800 Fahrraddiebstähle jährlich) und Verkehrsunfalllage (ca. 30 % Anteil verunglückter Radfahrer an der Gesamtzahl der Verunglückten jährlich) bemerkbar.

Im Sicherheitsprogramm der Kreispolizeibehörde Gütersloh wurden deshalb die erforderlichen strategischen Schwerpunkte gesetzt und Maßnahmenpakete umgesetzt. Fazit: weniger Fahrraddiebstähle

und Unfälle mit Radfahrern. Nachfolgend wird dargestellt, wer in der KPB Gütersloh organisatorisch (intergrativen Ansatz) und mit welchen Aufträgen versehen, an der „Aktion Speiche“ beteiligt war.

Führungsstelle Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz

Geschäftsführung und Vorbereitung, Durchführung von Koordinationsbesprechungen, Anlegen und Pflege eines Projektlaufwerks mit Zugriff für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KPB Gütersloh, Fertigung Erfahrungsbericht, Gesamtkräftekoordination im Bereich Dir. G/E, Fertigen von Einsatzanordnungen für dienststellenübergreifende Einsätze

Führungsstellen Direktion K und V

Analyse der Kriminalitäts- und Verkehrsunfalllage, Erstellung und Fortschreibung spezifischer Lagebilder, Definition von Brennpunkten (Einsatzorte, -zeiten, und -formen), Kräftekoordination im Bereich der eigenen Direktion.

Bezirks-, Schwerpunkt- und Verkehrsdienst

Kräfteinsatz unter Berücksichtigung des Lagebildes und unter Maßgabe des Projektauftrages, z. B. Kontrolle an Schulen und Freizeiteinrichtungen von Fahrrädern mit/ohne Personenbezug, Verkehrsüberwachungsmaßnahmen durch Standkontrollen, per MTB etc.

Wachdienstgruppen

Erhöhung des so genannten „Grundrauschens“ durch konsequentes Einschreiten bei Feststellungen.

Einsatztrupp/Fahndung

Intensivierung der Sachfahndungsvoraussetzungen durch Nutzung des IT-Verfahrens ISFASS-Fahrrad, Verbindungsaufnahme mit den Fundämtern der Kommunen, Unterstützung der Sachbearbeiter der Regionalkommissariate bei der Zuführung von Asservaten an Geschädigte bzw. Übergabe an das Fundbüro, im Zusam-

menwirken mit VL 2 Kampagnenplanung zur Erlangung fahndungsfähiger Daten, Intensivierung des Ausstellens von Fahrradpässen in Abstimmung mit Kommissariat Vorbeugung/Opferschutz und VL 2.

Kräfteinsatz unter Berücksichtigung des Lagebildes und unter Maßgabe des Projektauftrages, Ermittlungstaktische Unterstützung der Sachbearbeiter Regionalkommissariate, z.B. unmittelbare Anschlussdurchsuchungen, Vernehmungen etc.

Verkehrssicherheitsberater

Fortsetzung und temporäre Intensivierung der bisherigen Anstrengungen zum Thema „Helm-Tragen“.

Kommissariat Vorbeugung/Opferschutz

Intensivierung des Ausstellens von Fahrradpässen in Abstimmung mit ET/Fahndung durch Verbindungsnahme mit Fahrradhändlern, Schulen und in Zukunft auch mit Versicherungen etc., in dem Zusammenhang Herstellung eines eigenen Dispensers für den „Fahrraddoppelpass“, Kampagne „Sicherung von Fahrrädern“, Verbindungsaufnahme mit Veranstaltern zur Einrichtung von Fahrradwachen, Kennzeichnung von Brennpunkten (Fadi) durch Beschilderung.

Regionalkommissariate

Ausschöpfen der Ermittlungstaktik bei der Sachbearbeitung von Anzeigen mit Tatverdächtigen durch Schwerpunktsachbearbeiter, Veranlassen von Spurensuche und -sicherung.

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Projektbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Intensivierung des Aus-



stellens von Fahrradpässen in Abstimmung mit ET/Fahndung, Schalten einer Online-Registrierung für Fahrradhalter auf der Website der Polizei.

Zu den Ergebnissen und Wirkungen

Bei den mehreren tausend Einzelkontrollen wurden 1.622 Kontrollkarten (Fahndungshilfsmittel für Einsatztrupps) bzw. Fahrradpässe ausgestellt und 32 Fahrräder wegen Diebstahlsverdachts sichergestellt. Sie konnten größtenteils den ursprünglichen Besitzern zugeordnet werden. In die Fahrradhalterdatei „ISFASS“ konnten zahlreiche weitere Halterdaten eingegeben werden, so dass zurzeit etwa 105.500 Datensätze vorliegen. Die ersten Deliktsbrennpunkte wurden mit einer Beschilderung versehen. In der Presse wurden die polizeilichen Aktivitäten über den gesamten Projektzeitraum detailliert dargestellt und sorgten für eine Sensibilisierung der Bevölkerung.

Im Aktionszeitraum wurden zudem insgesamt 1.610 Verwarnungen wegen falschem Verhalten von oder auch gegenüber Radfahrern erteilt.

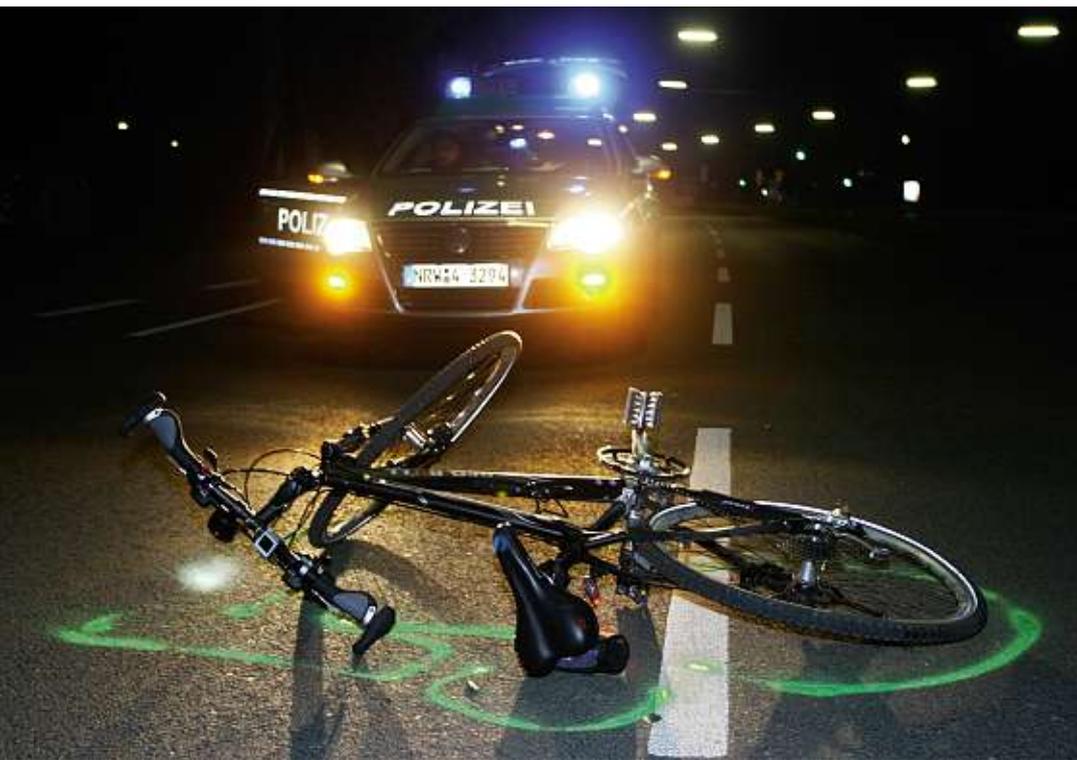
Im Stadtgebiet Gütersloh reduzierten sich die Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern um 35 Prozent und kreisweit um 26 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Bereich der Verunglücktenzahlen bleibt eine entsprechende Wirkung abzuwarten. Im Vergleich zum Vorjahr wurden im Aktionszeitraum nach der IGVP-Ein-



Informationsbroschüre zum Thema „Zweiradsicherheit von ProPK – www.polizei-beratung.de“.

gangsstatistik 179 Fahrräder weniger gestohlen (-34 Prozent). Beide Handlungsfelder bleiben im Sicherheitsprogramm der Kreispolizeibehörde Gütersloh priorisiert. Die Aktivitäten werden nun in der allgemeinen Aufbauorganisation fortgeführt und ggf. temporär (abhängig von der Jahreszeit und der Lageentwicklung) wieder projiziert intensiviert.





POLIZEI
des Landes
Nordrhein-Westfalen



572.000 Verkehrsunfälle

Verkehrsunfallstatistik NRW 2007

Die Zahl der Verkehrstoten in Nordrhein-Westfalen blieb mit 732 (+ 4) im Jahr 2007 auf dem Niveau des historischen Tiefstandes des Vorjahres. Im bundesweiten Vergleich der Flächenländer belegt Nordrhein-Westfalen damit weiter den ersten Platz. Das „NRW-Konzept“ gegen Raser, Alkohol am Steuer und Gurtverweigerer hat sich bewährt.

Zum Vergleich: 1964, in dem Jahr mit den meisten Verkehrstoten in Nordrhein-Westfalen (4.709), starben täglich 13 Menschen im Straßenverkehr – 2007 waren es zwei. Das sind aber immer noch zu viel. Die Polizei NRW gibt sich mit dem Erreichten nicht zufrieden. Das erklärte Ziel ist es, die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

Die Verkehrsunfallprävention der Polizei ist neben dem konsequenten Einschreiten bei Verkehrsverstößen wichtiger Bestandteil im Kampf gegen Verkehrsunfälle und deren schwere Folgen. So zeigten die Polizisten landesweit allein in den letzten Monaten Verkehrssündern an mehreren hundert Verkehrskontrollstellen die so genannten Schockvideos.

Die meisten Autofahrer waren von den Videos beeindruckt und wurden nachdenklich. Viele erkannten dadurch, wel-

che schweren Verletzungen ein Aufprall zur Folge hat, wenn man nicht angeschnallt ist. Die Polizei wird die Schockvideos weiter gezielt einsetzen.

Zahl der Unfälle und Verletzten leicht erhöht

Die Polizei wurde zu 572.394 Verkehrsunfällen gerufen. Das sind rund 3 % mehr als 2006. Dabei nahmen die Polizisten Sachverhalte vom kleinen Anstoß auf dem Parkplatz bis zum Unfall mit mehreren Toten auf. Der Anteil der Bagatellunfälle betrug mit 377.594 rund zwei Drittel. Die Zahl der Verletzten stieg um 4 % auf 84.766. Sie liegt damit um rund 10.000 niedriger als im Jahr 2000. In Nordrhein-Westfalen sind rund 11,6 Millionen Fahrzeuge angemeldet, davon 9,9 Millionen Pkw.



von Polizei aufgenommen vorgestellt

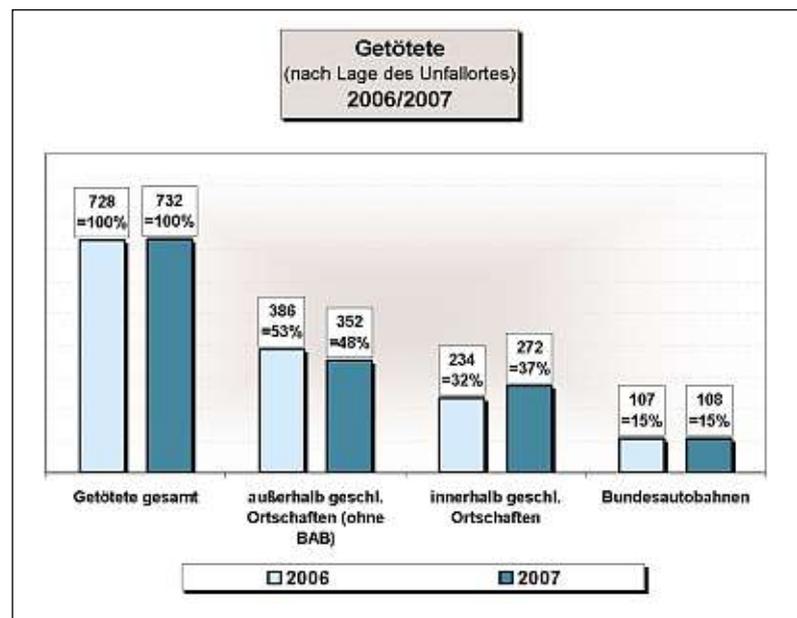
Motorradfahrer besonders gefährdet

Sorge bereitet der Anstieg der Zahl der getöteten Motorradfahrer. 125 Motorradfahrer kamen im vergangenen Jahr bei Verkehrsunfällen ums Leben. Das sind 10 (8,7 %) mehr als 2006. 4.896 wurden verletzt, 361 oder 8 % mehr als im Vorjahr. Die Gruppe der Biker hat damit die höchste Zunahme bei den Verletzten. Allein zum Saisonauftakt im April starben 20 Kradfahrer auf nordrhein-westfälischen Straßen.

Das Risiko, im Straßenverkehr getötet zu werden, ist für einen Motorradfahrer 18 mal höher, als für einen Autofahrer. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen setzt bei der Bekämpfung von Motorradunfällen auf das Konzept von Aufklärung und Ahndung durch Verkehrskontrollen. Mit modernster Video-Technik ausgestattete

Polizeikräder (Provida) nehmen schwere Verkehrsverstöße wie gefährliches Rasen auf Unfallstrecken oder unverantwortliches Überholen in Kurven beweissicher

auf. Die Polizisten stellen die Motorradrowdies direkt nach dem Verstoß und weisen ihnen ihr Fehlverhalten per Video nach.





Kampf gegen Raser, Gurtmuffel, Alkohol- und Drogensünder

In den letzten fünf Jahren konzentrierte sich die nordrhein-westfälische Polizei wegen der besonderen Gefahren auf die Kontrolle von Rasern und steigerte die Sanktionen gegen zu hohe Geschwindigkeit um 25%. Der Erfolg: Die Zahl der Verkehrsunfälle sank um 24% auf 18.834. Im vergangenen Jahr schritten die Polizisten rund 1,58 Millionen Mal gegen zu schnelle Fahrer ein.

Bei zahlreichen landesweit durchgeführten Kontrollen erpatteten die Polizisten

rund 429.000 Gurtignoranten. Das sind 5,6% mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig sank erneut die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Personen, die nachweislich nicht angeschnallt waren, von 92 auf 88. Im Jahr 2005 waren es noch 125.

Das konsequente Einschreiten und der daraus folgende Rückgang von Verkehrsunfällen und Getöteten zeigt, dass die Strategie richtig ist. Deshalb setzt die Polizei in der Unfallbekämpfung auch künftig drei Schwerpunkte bei den Kontrollen: Tempo, Sicherheitsgurte, Alkohol und Drogen.

Junge Fahrer nach wie vor gefährdet

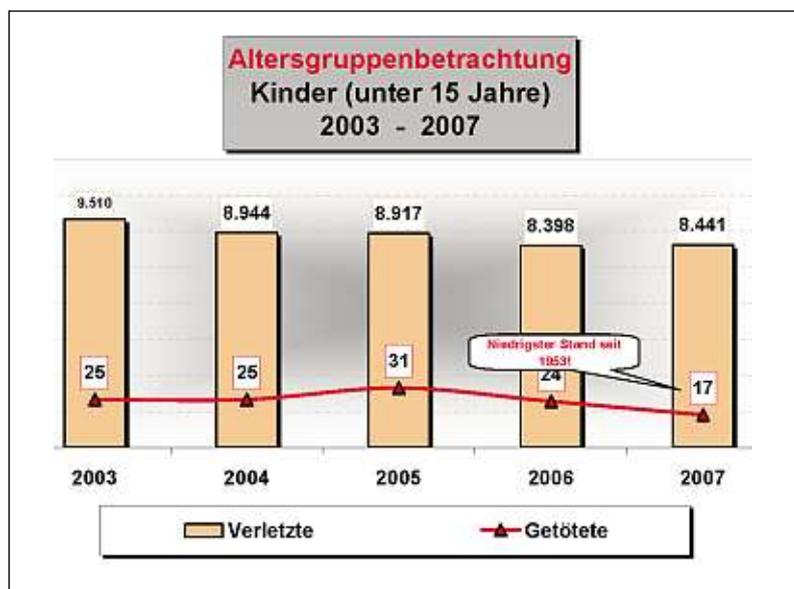
Die Gruppe der „Jungen Fahrer“ (18 bis 24 -Jährige) verursachte mit 21.470 (+6%) fast ein Fünftel der schwereren Unfälle. Nach dem Tiefstwert mit 121 im Vorjahr, starben 2007 mit 136 insgesamt 15 junge Menschen mehr. Die Zahl der Verletzten stieg ebenfalls vom Tiefstwert 14.473 um 588 (4,1%) auf 15.061.

Die Polizei NRW kümmert sich weiter intensiv um diese Gruppe der noch unerfahrenen und oftmals risikofreudigen Verkehrsteilnehmer. Die Verkehrssicherheitsberater gehen in Schulen, Jugendeinrichtungen oder in Diskotheken, um die jungen Fahrer aufzuklären, wie gefährlich das Rasen und der Konsum von Alkohol und Drogen am Steuer sowie das Fahren ohne Gurt sind.

Die wenigsten getöteten Kinder seit 1953

Im letzten Jahr gab es mit 17 im Straßenverkehr getöteten Kindern sieben weniger als 2006. Das ist der niedrigste Stand seit Einführung der Verkehrsunfallstatistik im Jahr 1953. Die Zahl der schwerverletzten Kinder sank um 2,9% auf 1.382.

Insgesamt wurden 8.441 Kinder verletzt (+43). Mehr als 25 Prozent aller im Straßenverkehr verletzten Kinder bis 14 Jahre, nämlich 2.212, verunglückten als Mitfahrer im Auto. Fünf von ihnen starben. Die Anschnallmoral ist besser geworden. Aber es kommt weiter darauf an, sein Kind richtig zu sichern. Dies ist immer noch bei jedem fünften Kind im Auto nicht der Fall. Schützen Sie ihr Kind und schnallen Sie es vorschriftsmäßig an!



Hinweis: Die gesamte Verkehrsunfallstatistik 2007 finden Sie im Internet unter www.polizei.nrw.de

„Ahl Lück op Jüeck“

Kölner Präventionsprojekt erfolgreich im Seniorenbereich

„Verkehrssicherheit für Senioren – Mobilität im Alter“ heißt auf „kölsch“ „Ahl Lück op Jüeck“. Das Kölner Fachkonzept sieht vor, alle Stadtteile Kölns mit einer hohen Verkehrsunfallrate bei Seniorinnen und Senioren, präventiv intensiver zu betreuen. Das Projektfazit nach einem Jahr: Während im Land NRW die Zahl der im Straßenverkehr verunfallten Senioren im 1. Halbjahr 2007 um +16,23 % im Vergleich zu 2006 anstiegen, verzeichnete der Bereich des PP

Köln einen Rückgang der Unfallzahlen um -1,29 %.

Über einen Zeitraum von zwölf Monaten wurde jeweils einen Monat lang ein Stadtteil Kölns, der in Bezug auf Verkehrsunfälle mit Seniorinnen und Senioren besonders herausragte, präventiv betreut.

Das Konzept des PP Köln nutzte dabei die Erkenntnisse der Fachhochschulstudie für Öffentliche Verwaltung Köln und stellte

diese auf eine breite, praxisorientierte Basis.

Das Behördenkonzept im Detail

Das Konzept „Senioren im Straßenverkehr - Mobilität im Alter“ steht auf 4 Säulen:

1. Senioren als Pkw-Fahrer
2. Senioren als Fahrradfahrer
3. Senioren als Fußgänger
4. Gewinnung von Multiplikatoren



„Hilfe, ich sehe ja alles doppelt, muss ich jetzt wirklich aufstehen?!“ So oder ähnlich lauten die Kommentare der Seniorinnen und Senioren, wenn sie die Polizeibeamtinnen und Beamten der Kölner Verkehrsunfallprävention mit großen Augen durch die aufgesetzte „Rauschbrille“ ansehen.



Senioren als Pkw-Fahrer

Das Seminarangebot „Auto (er-) Fahren“ richtet sich an die Zielgruppe 60+ und wird in Kooperation mit der Volkshochschule Köln durchgeführt. Das heißt sowohl Ausschreibung und Bewerbung, als auch das Bereitstellen von Räumlichkeiten für die theoretischen Anteile werden von der Volkshochschule übernommen. In einem zweiten praktischen Veranstaltungsteil haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, an einem Fahrsicherheitstraining der Polizei teil zu nehmen.

Senioren als Fahrradfahrer

Im ersten Halbjahr 2007 verunglückten in Köln 70 Senioren als Fahrradfahrer. Von diesen 70 Verunglückten verstarben zwei, 14 wurden schwer, 54 weitere leicht verletzt. Folglich hat das Seminarangebot „Senioren als Fahrradfahrer“ das Ziel, den aktiven Seniorinnen und Senioren Sicherheit im Umgang mit dem Fahrrad zu geben und sie zu einem selbstbewussten, regelkonformen Verhalten im Straßenverkehr zu motivieren.

Inhalte des Seminars sind u. a.:

- Wahrnehmung und ihre Grenzen
- rechtliche Fragen und Neuerungen
- alternatives Abbiegen
- Was ist ein „seniorengerechtes“ Fahrrad?
- Was bringt mir ein Helm?

In den praktischen Anteilen werden zunächst Übungen im Schonraum durchgeführt.

Anschließend beginnt eine gemeinsame Übungsfahrt. Während dieser Fahrt werden Brennpunkte und „Angsträume“ des Straßenverkehrs aufgesucht und dort das richtige Verhalten besprochen. Ziel dieser Aktivitäten ist eine Sensibilisierung der Teilnehmer und letztlich die Reduzierung der Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Fahrrad fahrenden Senioren.

Senioren als Fußgänger

Ein maßgeblicher Bestandteil der Präventionsarbeit innerhalb der Zielgruppe „Senioren als Fußgänger“ ist der so genannte „Interaktive Mobilitätsparcours“ (Interaktive Selbstüberprüfungs-Parcours – InSelParc). Einfache Parcours – Stationen bieten Gelegenheit, die eigene Leistungsfähigkeit zu testen. In diesen Stationen werden Sinne und physische Fähigkeiten abgefragt, die für eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr unerlässlich sind. Anhand eines Parcours-Bewertungsbogens hat jeder die Möglichkeit, sein Ergebnis schriftlich festzuhalten.

Durch das bloße Erkennen von Defiziten kann die Möglichkeit geschaffen werden, an diesen Leistungseinbußen zu arbeiten (z. B. durch das Aufsuchen eines Facharztes, gezielte Krankengymnastik, etc.) oder aber auch bewusster damit umzugehen. Die Erfahrung lehrt, dass das unmittelbare Aufzeigen von individuellen Leistungsdefiziten vielfach auf Unverständnis/Ablehnung bei Senioren stößt, da es namentlich im „Alter“ schwer fällt, persönliche Leistungseinschränkungen „hin-

zunehmen“. Der methodische Ansatz ist deshalb darauf gerichtet, die Betroffenen durch aktives Handeln zur „Selbsterkenntnis“ und damit zur Akzeptanz persönlicher Defizite zu bringen. Dazu wurde ein interaktiver Mobilitätsparcours entwickelt. Dieser Parcours setzt auf die Mitarbeit aller Beteiligten. Dabei sollen Spaß und Kurzweiligkeit im Vordergrund stehen. Wichtig ist jedoch, dass keine Wettkampfsituation entsteht. Die Senioren sollen bei möglichst entspannter Atmosphäre die Gelegenheit haben, sich bei der Bewältigung der einzelnen Stationen selbst einzuschätzen und die eigene Leistungsfähigkeit zu beurteilen. Die Stationen:

1. Reaktionstest

- überprüft wird hier nicht nur die Reaktionsfähigkeit an sich, sondern vielmehr auch die Koordination und die Beweglichkeit von Händen und Fingern.

2. Rückwärts über ein Seil gehen

- Beweglichkeit im Hals-Nacken-Bereich (Schulterblick)

3. Labyrinth nachzeichnen, ohne die Hand dabei aufzusetzen

- getestet werden hierbei sowohl das Stressniveau, als auch die Auge-Gehirn-Hand-Koordination

4. „Klangtor“

- mit verbundenen Augen zwischen zwei „Torpfeuern“ hindurch gehen, die mit Geräuschen markiert werden
- überprüft wird hier das Richtungs-Hören

5. „Rauschbrille“

- mit Hilfe eines entsprechenden optischen Gerätes wird, die Rauschwirkung von 0,8 0/00 bis etwa 1,3 0/00 simuliert
- Thematik: Mögliche Nebenwirkungen von Medikamenten, insbesondere in Zusammenhang mit Alkohol

Bisher wurden bereits mehr als 3200 Kölner Seniorinnen und Senioren betreut. Des Weiteren werden innerhalb des Stadtteilkonzeptes verschiedene andere Aktionen innerhalb der Zielgruppe der Senioren durchgeführt:

- Begehung von Unfallhäufungspunkten mit Senioren
- Gemeinsame Sprechstunden von Polizisten und Seniorenvertretern
- „Gefahrpunktbegehung“, um Ängste und damit Unsicherheiten abzubauen und damit Fehler zu reduzieren oder auszuschließen
- Stadtpaziergänge, die unter Anleitung zu einem bewussten und regelkonformen Verhalten von Fußgängern führen sollen.

Gewinnung von Multiplikatoren

Um die Informationsangebote flächendeckend anbieten zu können, wurde vom

PP Köln für die Seniorenvertreter der Stadt Köln ein Multiplikatorenseminar durchgeführt. Zielsetzung war, auch bei den Seniorenvertretern das Interesse an der Zusammenarbeit mit der Polizei zu wecken. Inhaltlich sollen die Seniorenvertreter so geschult werden, dass sie als Multiplikatoren tätig werden können.

Rückmeldungen zum Projekt

Als Feedback der Kölner Präventionsarbeit liegt eine Anfrage des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) vor: Die Verkehrssicherheitsabteilung des VRS ist im Begriff, eine „Präventionsfibel“ zu erstellen, die flächendeckend ihren Kooperationspartnern zur Verfügung gestellt werden soll. Inhalte der Präventionsfibel sollen Erfolg versprechende Projekte zum Thema Verkehrsprävention für unterschiedlichste Zielgruppen sein. Das Projekt „InSelParc“ des PP Köln wird dort ex-



emplarisch für die Zielgruppe Senioren aufgenommen werden.

Des Weiteren liegt eine Anfrage der Universität Essen vor, die das Projekt „InSelParc“ bei einer Fachtagung zur Thematik „Mobilität im höheren Lebensalter“ vorstellen möchte und diesbezüglich die Kölner Verkehrsunfallprävention um Unterstützung bat.

Natalie Kohn, PK'in und Jörg

Stindtmann, POK

(beide PP Köln, VI 1, VK 12, VSB)

TOP-Finanzierung für Beamte, Angestellte und Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker	Beamtenkredite mit 0,09 % Zinsen gibt es nicht!	www.top-finanz.de
→ Beamten-Darlehen und Spezialdarlehen mit garantiertem Festzins		
12 Jahre 5,50% effektiver Jahreszins 5,88%		
20 Jahre 5,99% effektiver Jahreszins 6,57%		
Beispiele für 32-jährige Beamtin – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:		
15 000,- € mtl. 137,43 €	25 000,- € mtl. 227,79 €	40 000,- € mtl. 362,47 €
Sie erhalten kostenfreie TOP-Angebote mit unserem Versprechen: Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl des ges. Darlehensprogramms für jeden Zweck – auch zur Ablöse von teuren Krediten oder Kontoüberziehungen (Sofort-Spezial-Darlehen, LV-Darlehen, Ratenkredite oder Baufinanzierungen).		
„Superzins ab 1,95%“ nominal – effektiver Jahreszins ab 2,34% ab Zuteilung eines neuen Bausparvertrages		
Andreas Wendholt Kapital- und Anlagevermittlung Prälat-Höing-Straße 19 46325 Borken	TEL.-Nulltarif: 0800-331 0 332 Telefax: (0 28 62) 36 04 E-Mail: info@top-finanz.de	

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung

Festzins 12 Jahre 5,15%, effekt. Jahreszins 5,88%
Beispiel: 30jährige Beamtin, Festzins 5,95%, Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,53%.
35.000 € = monatlich 305,20 € inkl. Lebensvers.
60.000 € = monatlich 433,42 € inkl. Lebensvers.

Ratendarlehen: Festzins ab 5,40%, effekt. Jahreszins, Laufzeit 1–10 Jahre.
NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.

Info-Büro 0800 / 77 88 000 gebührenfrei
Fax-Nummer: 0 51 30 / 79 03 95
vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark
www.beamtendarlehen-center.de

PARTNER IN BAUFINANZIERUNGSFRAGEN

Hypothekendarlehen für Kauf, Neubau, Umfinanzierung: Zinssatz **4,55 %**, effektiv **4,68 %**, fest 10 Jahre, Tilgung 1 %.

NEU: Finanzierung bei Objektkauf auch mit Ablösung bestehender Kredite möglich.

Zinsen für die Zukunft sichern durch Forwarddarlehen ohne Zinsaufschlag.

Beamten- / Angestelltendarlehen: Festzins z.B. **5,99 %** effektiv, 12 Jahre LZ, Laufzeit 20 Jahre, effektiver Jahreszins **6,49 %**, Beispiel: 30.000 € kosten beim 30-jähr. mtl. 272 € incl. Vers.-Beitrag

Darlehen für Hausbesitzer: 10.000 € ohne Grundbucheintragung, Zinssatz **4,99 %**, effektiv **5,08 %**, Rate 83 €

Fordern Sie Angebote an!

vermittelt: **Gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH**
Kopernikusstraße 15 • 37079 Göttingen
Fon 05 51 / 9989844 • Fax 9989830
info@gutfinanz.de • www.gutfinanz.de

AUTOKAUF zu TOP-KONDITIONEN

- ▶ Neuwagen
- ▶ Jahreswagen
- ▶ Gebrauchtwagen
- ▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!
- ▶ Freizeitmobilien

Informieren Sie sich!
Ihr Ansprechpartner:
Kollege Thomas Brockhaus
Internet: www.fahrzeugkauf.com

(0 22 07) 76 77

„Dresden grüßt seine auf Nazis



Sondereinsatz der in Dresden



Kurz vor Ende des 2. Weltkriegs bombardierten die Alliierten die Stadt Dresden. Die verheerenden Luftangriffe auf die sächsische Elbmetropole forderten zehntausende Menschenleben und veränderten das Aussehen der Stadt für immer. Nach wie vor gedenken die Einwohner Dresdens an den Jahrestagen ihrer getöteten Angehörigen. Seit einigen Jahren demonstrierten an den Gedenktagen „Nationalgesinnte“ und zogen dabei durch die Landeshauptstadt. Die Menschen Dresdens haben dazu eine klare Meinung und ein

Großflächenplakat an einem Hochhaus in der Innenstadt brachte diese in diesem Jahr zum Ausdruck: „Dresden grüßt seine Gäste... auf Nazis verzichten wir!“

Polizeilich gesehen, waren speziell diese Versammlungen immer mit viel Arbeit verbunden. So war es in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Störungen der Versammlungen der „Rechten“ durch Gegendemonstranten gekommen. Im letzten Jahr hatten sogar „Linksorientierte“ Gruppen Durchbruchversuche an Polizeiabsperungen unternommen, um den Auf-

zug der „Rechten“ zu verhindern. Bei den Versuchen wurden damals mehrere Polizeibeamte verletzt und Einsatzfahrzeuge beschädigt.

Die polizeilichen Lageeinschätzungen gingen auch in diesem Jahr von ähnlichen Szenarien aus. Um diese Störungen schon im Ansatz zu unterbinden und um die Versammlungsfreiheit zu gewährleisten, wurden zur Verstärkung der sächsischen Polizei zahlreiche Bereitschaftspolizeihundertschaften aus ganz Deutschland zusammengezogen. Etwa 3.300 Einsatzkräfte sollten die verschiedenen Veran-

Gäste... verzichten wir!" NRW-Bereitschaftspolizei

staltungen schützen, darunter rund 500 Polizeibeamtinnen und -beamte der NRW-Bereitschaftspolizei aus Köln, Essen, Mönchengladbach und Bochum.

Versammlungen und Kundgebungen

Der Einsatz begann am Samstagmorgen vor dem Dresdner Hauptbahnhof. Dort hatten sich rund 1.000 Personen zur Kundgebung der ver.di-Jugend versammelt. Etwa sechs- bis siebenhundert gehörten offenkundig der linksextremen Szene an. Sie waren dunkel gekleidet, hatten Sonnenbrillen aufgesetzt und verbargen mit Tüchern ihre Gesichter. Mehrfach versuchten sie sich den Weisungen der Polizisten zu widersetzen, rannten beispielsweise gegen Absperrkräfte an und skandierend dabei lautstark. Vereinzelt wurde auch Pyrotechnik abgefeuert. Eine spontaner Aufzug der ver.di-Jugend führte über die Prager Straße, am Rathaus vorbei zur Synagoge und wurde dort beendet.

Gegen Mittag versammelten sich auf der anderen Elbseite rund 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Initiative „Ge(h)denken – Demokratie jetzt“. Ihr Aufzug durch die Dresdner Innenstadt endete nach mehreren Kundgebungen friedlich.

Der Schwerpunkt des Polizeieinsatzes an diesem Tag war eindeutig die Versammlung der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland e.V.“ (JLO). Diese hatte unter dem Motto: „Gedenkveranstaltung

anlässlich des 63. Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden, gegen Krieg, Vertreibung und Bombenterror“ zu einer Kundgebung und zu einem Trauermarsch durch die Dresdner Innenstadt aufgerufen. Die Versammlung sollte um 10.00 Uhr beginnen und erst um 24.00 Uhr enden. Der konkrete Auftrag für die NRW-Kräfte: mobiler Streckenschutz entlang der Aufzugsroute, mit Schwerpunkt an der Synagoge.

Rund 3.800 Personen hatten sich laut dem Polizeipräsidium Dresden gegen Mittag zur Auftaktkundgebung der JLO am Dresdner Zwinger, unmittelbar gegenüber dem sächsischen Landtag, versammelt. Von hier aus sollte der Aufzug der „Rechten“ später starten. Der Versammlungsraum war von den polizeilichen Einsatzkräften weiträumig abgesperrt worden. An den Durchlassstellen wurden Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf Waffen oder anderen verbotenen Gegenständen gesichtet.

Wer gedacht hatte, dass die Fraktionen „Glatzen“ oder „Altnazis“ das Erscheinungsbild dieser rechtsgerichteten Versammlung prägen würden, musste sich belehren lassen. Eltern mit ihren Kleinkindern auf den Schultern, Männer in Nadelstreifenanzügen, sportlich gekleidete junge Männer, eindeutig der „Hooliganszene“ zuzuordnen und ganz „normal“ aussehende Menschen aller Altersgruppen waren unweit des sächsischen Landtages zusammengekommen. Darunter eine größere Gruppe, die nicht so recht ins



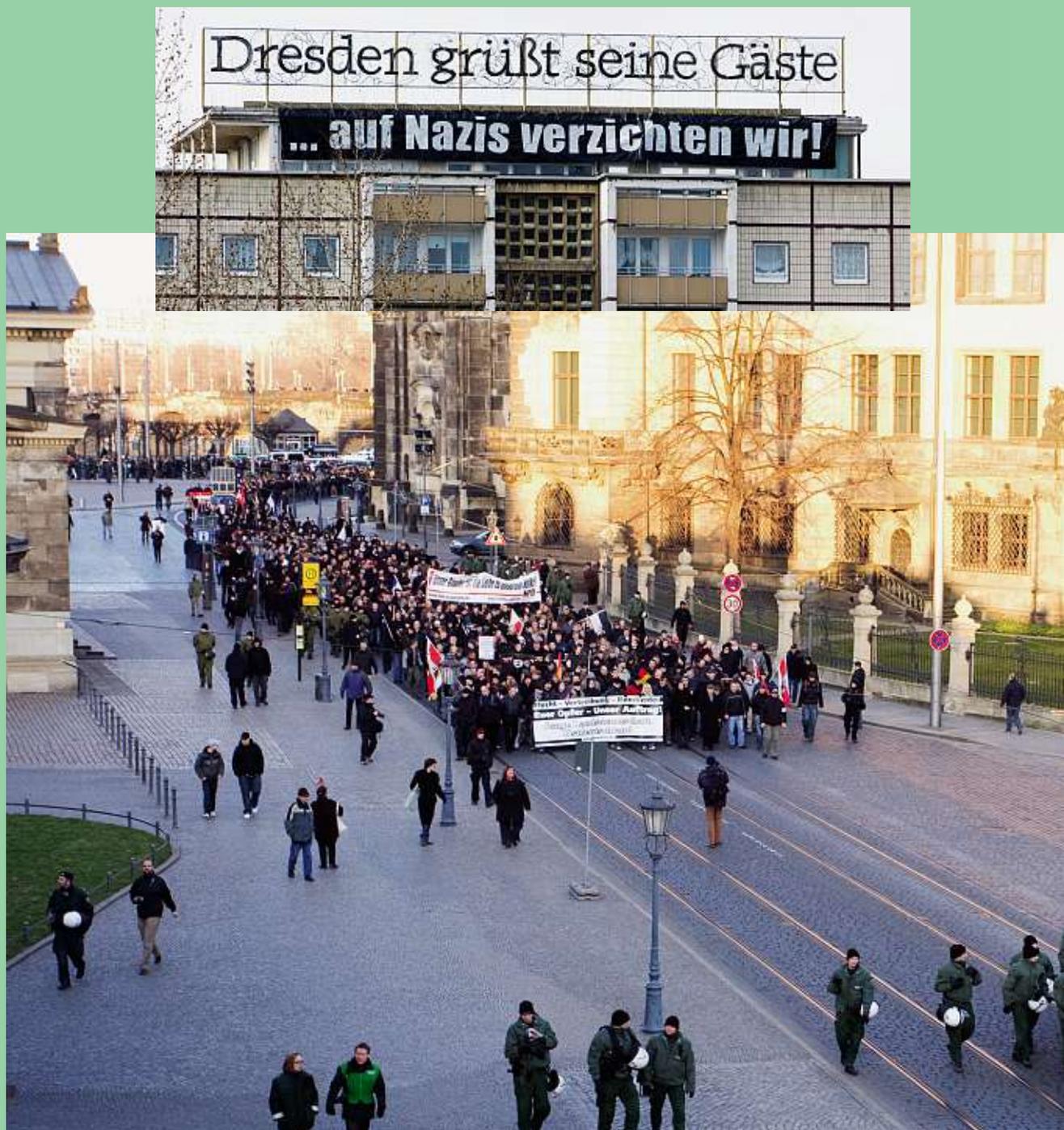


Bild der „rechten Szene“ passt, aber definitiv diesem Spektrum angehörte. Junge Männer und Frauen in der szenetypischen Bekleidung der „Linksautonomen“. Altbekannte, rechtsgerichtete Parolen waren nicht zu hören. Sie waren durch die Versammlungsaufgaben untersagt worden. Weitere strenge Auflagen untersagten der Landsmannschaft z. B. das Tragen von Uniformen bzw. Uniformteilen/Springerstiefeln, der Reichskriegsflagge oder anderer Symbole bzw. Identifikationsmerkmale der rechtsextremen Szene.

Nach einer halbstündigen Auftaktkundgebung startete der „Trauermarsch“ vor

dem sächsischen Landtag, begleitet von Polizeikräften. Vorneweg wurde von vier JLO-Anhängern ein Plakat getragen. „Flucht-Vertreibung-Bombentod – Euer Opfer unser Auftrag“ war darauf zu lesen. Der Aufzug führte vorbei an der Sempoper, auf der Augustusbrücke über die Elbe und wieder zurück in die Innenstadt. Nach etwa drei Stunden Fußmarsch endete der Aufzug auf dem Postplatz, einem der größten Innenstadtplätze Dresdens. Kurzfristig war die Aufzugsstrecke geändert worden. Dies war auf polizeiliches Drängen geschehen, weil ein Zusammentreffen mit den anderen Demonstrationsteilnehmern befürchtet wurde.

Der Aufzug musste kurzzeitig stoppen, als ein Mann sein Fahrrad an ein Begleitfahrzeug kettete. Die Kette wurde durchtrennt, der Mann in Gewahrsam genommen.

Die Aufzugsteilnehmer marschierten – trotz mehrfacher polizeilicher Aufforderung dies nicht zu tun – zeitweise in Blöcken und verstießen damit gegen die Auflagen der Versammlungsbehörde. Auffallend und auch ungewohnt war, dass während der gesamten Aufzugsdauer keine Parolen skandiert wurden. Drei Stunden völlige Ruhe und selbst dann keine verbalen Reaktionen, als Personen am Straßenrand die Aufzugsteilnehmer als

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“

– der Text eines Großflächenplakates an der Fassade des Dresdener Schauspielhauses.



„Nazischweine“ oder mit anderen Schimpfwörtern titulierten! Lediglich Anweisungen des Versammlungsleiters an die „Kameraden“ ertönten aus dem im Aufzug mitgeführten Lautsprecherwagen.

Abschlusskundgebung der JLO auf dem Postplatz

Der Postplatz liegt unmittelbar am Dresdener Zwinger. Auf ihm versammelten sich die Aufzugsteilnehmer zu einer Abschlusskundgebung. Rund zwei Stunden hielten unterschiedliche Redner auf einer LKW-Bühne Ansprachen. Mit Einsatzwagen der Polizei wurde die Kundgebung weiträu-

mig umschlossen. Dies war auch notwendig, denn in etwa 200-Meter Entfernung hatte sich eine Gruppe Gegendemonstranten zum „verbalen“ Widerstand zusammgefunden.

Nach Einbruch der Dunkelheit beendete der Versammlungsleiter die Veranstaltung mit der verpönten 1. Strophe der Deutschen Nationalhymne. „Deutschland, Deutschland über alles...“ schallte es über den Platz.

Maßnahmen der Polizei – lt. PP Dresden

Während des Polizeieinsatzes wurden 63 Personen in polizeiliches Gewahrsam und

fünf Personen vorläufig festgenommen. Bei Durchsuchungen stellten Polizeibeamte Vermummungsgegenstände, Schlagwerkzeuge, Steine, Pfefferspray sowie einen Dolch sicher. Ermittelt wird laut Pressebericht des Polizeipräsidiums Dresden wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und wegen Körperverletzungsdelikten sowie Sachbeschädigungen.

Im nächsten Jahr werden höchstwahrscheinlich alle zum 64. Jahrestag erneut nach Dresden kommen, vermutlich auch die nordrhein-westfälische Bereitschaftspolizei.

Ralf Hövelmann, Red.

Intensivtäter im Fokus

Kriminalstatistik 2007 zeigt aktuelle Entwicklung in Nordrhein-Westfalen



Die Zahl der Straftaten in Nordrhein-Westfalen blieb 2007 nahezu unverändert. Sie betrug 1.495.333 Strafdelikte. Das ist ein Anstieg von 0,2% (+3.436) gegenüber 2006. Auch die Aufklärungsquote blieb mit 49,2% (-0,7 Prozentpunkte) nahezu unverändert. Die Polizei ermittelte mit 479.357 knapp 11.000 Tatverdächtige mehr als im Vorjahr.

Bei der Vorstellung der Kriminalstatistik wies Innenminister Dr. Ingo Wolf auf zwei wichtige Faktoren hin, die auf die Statistik einwirken. Seit April 2007 gibt es ein Ge-

setz gegen Stalking, das mit 4.429 Fällen in die Statistik eingeht. Zum anderen fährt die Polizei ein intensives Programm gegen Kinder und Jugendkriminalität, um eine höhere Sensibilität bei diesem Thema zu erreichen. Auch deshalb verzeichnet die Polizei NRW mehr Anzeigen.

Bei den Autodiebstählen weist die Statistik den besten Wert seit 1949 auf. Der erneute deutliche Rückgang um rund 9% im Vergleich zu 2006 markiert einen neuen Tiefstand. Die Zahl der Wohnungseinbrüche war 2007 die niedrigste seit 25 Jahren.

Intensivtäter im Fokus der Polizei

Die langfristige Entwicklung der Tatverdächtigenbelastungszahl (Tatverdächtige pro 100.000 Jugendliche) weist bei den unter 21-Jährigen insgesamt einen Rückgang der Kriminalitätsbelastung aus. Die Anzahl der mehrfachtatverdächtigen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden, also Tatverdächtige mit mindestens fünf Straftaten in einem Jahr, ging im vergangenen Jahr um 127 auf 8.716 zurück; 1998 waren es noch 9.964.



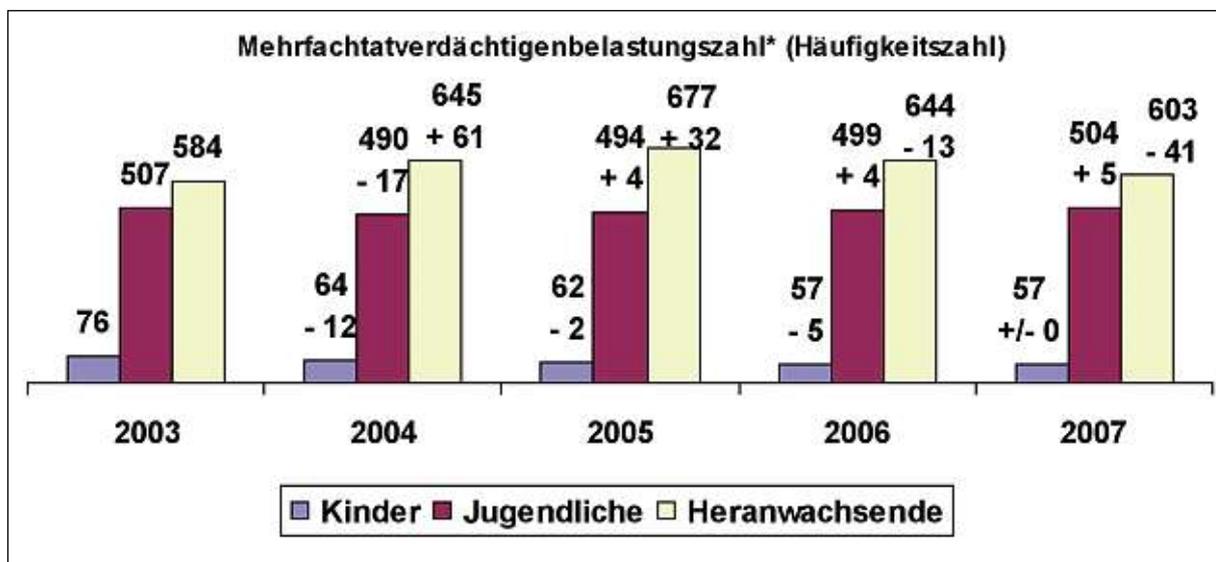
Das ist auch ein Erfolg enger Zusammenarbeit zwischen Polizei, Kommunen und Justiz. Das Ziel ist eine frühere und gezielte Abschreckung von Mehrfachtätern, denn der kriminelle Teufelskreis beginnt in der Regel in jungen Jahren. Deshalb sucht die Polizei diese Jugendlichen verstärkt zu Hause auf und führt ihnen im Beisein der Eltern plakativ vor Augen, welche Folgen oder Strafen sie zu erwarten haben.

welchen Netzwerkpartnern sie ihre Intensivtäterkonzepte umsetzt.

Zu solchen Konzepten gehört:

- Die täterorientierte Sachbearbeitung bei der Polizei und den anderen Beteiligten, wie Jugendämtern, Jugendgerichtshilfe, Soziale Dienste der Gemeinden.
- Die enge Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften, die oft mit besonders

lizei. Deshalb wird die Zunahme alkoholierter jugendlicher Gewalttäter sehr kritisch. Von den ermittelten Jugendlichen und Heranwachsenden war mit 24,2% nahezu jeder vierte zur Tatzeit betrunken. Bei den Jugendlichen und Heranwachsenden hat sich diese Anzahl in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Gerade junge Männer neigen eher dazu, Konflikte mit Gewalt zu lösen. Kommt dann



*Mehrfachtatverdächtige: Tatverdächtige ab 8 Jahre auf 100.000 der entsprechenden Bevölkerung, die in einem Berichtsjahr fünf oder mehr Straftaten begangen haben.

Derzeit sind mehr als 820 Jugendliche und 480 Heranwachsende als so genannte Intensivtäter im Fokus der Polizei. Sie begehen eine hohe Zahl von Gewalttaten oder schweren Eigentumsdelikten. Jede Polizeibehörde hat ein Konzept, mit dem sie jugendliche Intensivtäter ins Visier nimmt. Damit wollen wir die kriminelle Laufbahn von Kindern und Jugendlichen unterbrechen. Die Auswahl der Intensivtäter erfolgt nach einer individuellen Prognose, die neben der Zahl, der Art und der Schwere der begangenen Straftaten auch den Lebenslauf, das Verhalten und das Lebensumfeld des Jugendlichen mit einbezieht. Die Polizei vor Ort analysiert und entscheidet, mit welchem Aufwand und mit

eingesetzten Koordinatoren für die beschleunigte Ermittlungsführung bei der Staatsanwaltschaft, der schnellen Anklage und die Strafe auf dem Fuße folgen.

- Fallkonferenzen, an denen Jugendämter, Jugendgerichtshilfe, Allgemeine Soziale Dienste der Kommunen, Schulämter, Staatsanwaltschaften teilnehmen und gezielte polizeiliche Kontrollen an Orten, die von jugendlichen Intensivtätern bevorzugt aufgesucht werden.

Initiative gegen alkoholisierte Gewalttäter

Vorbeugen gegen Gewaltkriminalität ist eine der wesentlichen Aufgaben der Po-

noch Alkohol hinzu, schlagen sie oft direkt zu.

Beim Alkoholproblem hat die Polizei einen doppelten Lösungsansatz. Sie will zusammen mit den Kommunen verstärkt Jugendschutzkontrollen machen. Außerdem will sie gemeinsam mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband eine Initiative gegen den Missbrauch von Alkohol durch Jugendliche starten. Bei den Jugendschutzkontrollen überprüfen Polizei und Ordnungsdienst betrunkene Jugendliche. Auch Gastwirte und Geschäfte werden überprüft, ob sie Alkohol an Minderjährige verkaufen. Bei einem Verstoß drohen ihnen empfindliche Strafen, bis hin zum Konzessionsentzug durch die Ordnungsbehörde.

Stalker stellen
anderen
Menschen in
unerträglicher
Weise nach und
handeln dabei
kriminell.



Gewalt muss geächtet werden

Mit 14.432 Fällen wurden 213 Fälle oder 1,5% weniger Raubdelikte erfasst als im Jahr 2006. Die Aufklärungsquote betrug 48,0 Prozent. Die Täter erbeuteten insgesamt 11,8 Mio. Euro. Die Zahl der minderjährigen Tatverdächtigen bei Raubdelikten zeigt mit rund 59,9% (Vorjahr: 58,5%) weiterhin einen traurigen Trend bei den unter 21-Jährigen. 41,4% der Raubopfer waren unter 21.

Nach wie vor problematisch sind Raub und Erpressung unter Schülern. Die Täter erbeuten von Gleichaltrigen oder Jüngeren Handy, MP3-Player oder Bargeld. Den Minderjährigen muss klar gemacht werden, dass dieses so genannte „Abziehen“ kein Bagatelldelikt, sondern eine schwere Straftat ist. Sie können damit ihr Leben ruinieren.

Die Ächtung von Gewalt ist gemeinsame Aufgabe von Eltern, Schule sowie staatlichen, kommunalen und privaten Einrich-

tungen und Initiativen. Seit Oktober gibt es verbindliche Regeln für die Zusammenarbeit zwischen Schulen, den Jugendämtern, der Polizei und der Staatsanwaltschaft. So zeigen Schulleitungen schwerwiegende Straftaten von Schülern in der Schule an und die Polizei informiert die Schulen über kriminelles Verhalten von Schülern außerhalb der Schule; zur Verbesserung der Präventionsarbeit benennen Schulen, die Polizei und erstmals auch die Justiz in ihren Bezirken feste Ansprechpartner, die sich regelmäßig treffen.

Polizei geht konsequent gegen Stalker vor

Seit dem Inkrafttreten des neuen „Anti-Stalking-Gesetzes“ am 1. April 2007 wurden in Nordrhein-Westfalen 4.429 Fälle mit 4.617 Opfern erfasst. 82,6% davon waren Frauen. 3.905 (88,2%) der Fälle klärte die Polizei auf. Meist stammen die

Täter aus dem sozialen Umfeld der Opfer, wie zum Beispiel der Ex-Freund oder der getrennt lebende Ehemann. Stalker, die andere Menschen in unerträglicher Weise in ihrem Privatleben beeinträchtigen, handeln kriminell.

Die Polizei sei oft der erste Kontakt mit einer staatlichen Einrichtung, die Hilfe und Unterstützung für Opfer biete und eine akute Gefahrensituation unterbrechen könne. Jede Polizeibehörde verfügt über besonders geschulte Beamtinnen und Beamte für den Opferschutz, die Kontakte zu Hilfsorganisationen herstellen. Das ist konkrete Hilfe, die es den Stalking-Opfern ermöglicht, wieder ein normales Leben zu führen.

Wohnungseinbrüche auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren

Die Zahl der Wohnungseinbrüche sank erneut um 0,8% auf 37.393 Fälle und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit



Diebstahl von Navigationsgeräten nahmen stark zu.

1982. 1995, dem Jahr mit den meisten Einbrüchen, lag die Zahl um rund 20.000 höher. Mehr als 38 % der Taten blieben im Versuchsstadium stecken. Polizeiliche Vorbeugung und gute Ermittlungsarbeit zeigen Wirkung. Einbrüche scheitern immer häufiger, weil die Menschen ihr Eigentum besser schützen. Die Polizei vor Ort berät Interessierte, wie sie ihr Haus oder ihre Wohnung wirksam schützen können.

Diebstahl aus Kraftfahrzeugen: Navigationsgeräte als Beute

Die Anzahl der Diebstähle aus Kraftfahrzeugen erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2006 um 3,0% auf 126.753. Neben Handys und Notebooks hatten es die Diebe besonders auf Navigationsgeräte abgesehen. Im vergangenen Jahr erbeuteten die Diebe bei jedem vierten Aufbruch ein solches Gerät. Die Polizei appelliert deshalb: Ein Fahrzeug ist kein Tresor. Lassen

Sie keine sichtbaren Wertgegenstände im Auto zurück. Auch eine leere Halterung für Navigationsgeräte oder auch nur der Abdruck des Saugnapfes auf der Windschutzscheibe sind Anreize, das Fahrzeug aufzubrechen. Es gebe Banden, die sich auf den Diebstahl von Navigationsgeräten spezialisiert haben. Erst vor kurzem ist es der Polizei gelungen, eine litauische Bande festzunehmen, die in Nordrhein-Westfalen bei mehr als 1.000 Autoaufbrüchen elektronische Wegweiser gestohlen hatte.

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen bietet auf seiner Internetseite www.lka.nrw.de einen „Navipass“ an. Ähnlich wie in dem bekannten Fahrradpass werden die individuellen Daten des Navigationsgerätes eingetragen. Das Gerät kann so beim Auffinden nach einem Diebstahl dem Besitzer wieder zugeordnet werden. Daneben gibt es auf dem Pass noch wertvolle Präventionstipps zum Schutz vor einem Diebstahl.

Einen Teil der gestohlenen Navigationsgeräte bieten die Diebe über Auktionsbörsen im Internet an. Der Käufer von gestohlenem Gut hat grundsätzlich keinen Eigentumsanspruch auf die Ware. Seien Sie misstrauisch, wenn der Preis auffällig vom Wert des angebotenen Gerätes abweicht, Geräte ohne Papiere angeboten werden, das Angebot aus dem Ausland kommt oder das Geschäft über ein ausländisches Bankkonto abgewickelt werden soll oder der Anbieter viele gebrauchte, kostengünstige Geräte verkauft, so der Rat der Polizei.

Hinweis: Die gesamte Kriminalstatistik 2007 finden Sie auf der Internetseite des Landeskriminalamtes NRW unter www.polizei.nrw.de/lka

Preisrätsel

Lüfter			Bundesland Österreichs	er-greifen	betagt	Abk.: Halb-pension	Show	Zeichen für Thoron
großer Eingang, Tor					7			
Abk.: Nummer			Gebirge in Europa			1		
Röst-brot-scheibe		5				aufs Hören bezogen		gebra-tene Fleisch-schnitte
ital. Artikel			Schutz-damm am Meer		zu Ende			4
sich säubern, erfrischen			erstes Auftreten auf der Bühne					
			2		Tierfuß		Holz-hand-werker	
Segelschul-schiff der Bundes-marine			Nieder-schlag		Stadt mit dem Schiefen Turm	12		
	10			Schreiber		Zitrus-frucht		fest, unbeug-sam
Anwen-dungs-trick, Kniff			eisen-haltige Nahrung (Mz.)	Fenster-vorhang				
Auf-stand, Auf-lehnung								
ugs.: zeit-gemäß		14		Post-sendung		Halbton über a	11	
Halb-edel-stein			Brat-gefäß					6
					german. Spieß			
					Fuß mit Krallen			
Aufruf			end-loses Gerede		Wesen-liches einer Sache			13
								8
Vor-schlag zur Abhilfe				9	Lockung			
Abk.: Orien-tierungs-lauf				Ausruf des Schmer-zes				
Flaum-feder					15			
Abk.: ultra-violett				Abk.: geboren		Ver-kehrs-mittel (Kw.)		
Spiel-figur					16			
Arbeits-nieder-legung				Abk.: be-ziehungs-weise				

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

■ M E ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
 ■ U N K O S T E N
 ■ L Z ■ K O M M A
 ■ T Y P U S D ■ ■
 ■ I M L B D E R
 ■ M K A B I N E
 ■ L E H A R S I G
 ■ D E E A C H E
 ■ D I E S E L O E L
 ■ W A R E ■ L U ■
 ■ ■ B R E S C H
 ■ T S C H E C H E
 ■ A E O ■ H E U
 ■ B A N F A L L
 ■ D E U C E L E E
 ■ L H H P E I N
 ■ P L A S M A
 ■ E N E R
 ■ D L A
 ■ P R O F I T
 ■ A R B ■
 ■ U R T Y P
 ■ S T A U E R
 ■ E ■ N N O

Freddie Mercury (1-14)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----



Die Fitness Company – Trainieren um sich gut zu fühlen

Die Streife verlost 2 x 1 Jahresgutschein plus Wellness-Set



Gewinnen Sie ein Jahr Fitness und Wellness bei der Fitness Company – Deutschlands größtem Anbieter im Bereich Fitness und Wellness. Mit dem Gutschein im Wert von 1.100 Euro können Sie in allen Business Health- und Lifestyleclubs in angenehmem Ambiente mit modernsten Geräten 12 Monate kostenfrei trainieren und entspannen. Die Fitness Company ist mit 110 Clubs in 53 Städten größter Betreiber von Fitnessclubs in Deutschland. Mitglieder haben außerdem die Möglichkeit, weltweit in über 500 Clubs zu trainieren. Die Anlagen sind mit einem großzügigem Wellnessbereich, inklusive Saunen, Dampfbädern, Solarien und einem Ruheraum ausgestattet. In bis zu 40 Gruppenfitnesskursen für jedes Alter und Leistungs-niveau können Sie sich fit halten.

DVD-Verleih und Kinderbetreuung gehören bei der Fitness Company zum umfassenden Service. Mehr Informationen und den FitCom-Club in Ihrer Nähe finden Sie unter www.fitcom.de.

Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 12. 5. 2008 einsenden an:

Innenministerium NRW
Redaktion „Streife“
Kennwort: Fitness Company
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Bitte der Redaktion:
 Bei E-Mails im Betreff nur PREIS-RÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

In der nächsten Ausgabe



„Riskieren Sie nicht Kopf und Kragen“

Das Polizeipräsidium Wuppertal stellte in seinem Zuständigkeitsbereich eine erhöhte Unfallhäufung bei Fußgängern fest (+10,3%). Mittels eines Gesamtkonzeptes – Prävention + Repression + Medienarbeit – sollte diesem Problem Einhalt geboten werden. U. a. wurde ein Aktionstag durchgeführt, bei dem der Wuppertaler Bevölkerung spektakuläre Situationen vorgeführt wurden, die sie zum Nachdenken anregen sollten. Verkehrssicherheitsberater führten dabei die ungeheure Aufprallwucht vor, mit der ein PKW bei einer Geschwindigkeit von 40 km/h auf einen Fußgänger trifft. Dummy „Holger“, der bezüglich des Gewichts und der Größe einem etwa 6-jährigen Kind entsprach, kam dabei spektakulär „ums Leben“. Als Kopf diente ihm eine Wassermelone.



Erfolgreich – Der ZED im Rhein-Erft-Kreis

Der Zentrale Erkennungsdienst (ZED) der KPB Rhein-Erft-Kreis hat sich seit seiner Einführung im Juli 2005 bewährt. Die zentrale Struktur mit drei Außenstellen und der Einsatz moderner Labortechnik führte zu einer qualitativ deutlich verbesserten Spurensicherung. Die Zahlen der an Tatorten gesicherten auswertbaren Spuren haben sich in der Folge vervielfacht. Das neue zentrale Spurentagebuch gewährleistet dabei eine einfache, schnelle und unkomplizierte Verwaltung von Spuren und Speichelproben. Und, ganz wichtig: Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ZED haben sich die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessert. Die KPB Rhein-Erft-Kreis stellt in der nächsten Ausgabe ihr erfolgreich umgesetztes Konzept im Detail vor.

Rätselgewinner

Herzlichen Glückwunsch Frau Ute Nieswand und Herr Klaus-Rüdiger Sebal. Sie haben jeweils 2 Eintrittskarten für das Musical „We Will Rock You“ gewonnen. Die Redaktion „Streifen“ wünscht Ihnen und Ihrer Begleitung viel Spaß im Kölner Musical Dome!



Redaktionsschluss für die Märzangabe 2008 ist der 28. 4. 2008.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Dieter Spalink,
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralf Hövelmann, Sabine Severing,
Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
– Öffentlichkeitsarbeit –
– Redaktion „Streifen“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71- 23 66,
Fax (02 11) 8 71- 23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streifen-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
VVA Kommunikation GmbH,
www.vva.de
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 20 vom 1. Oktober 2006.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streifen“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:
Die „Streifen“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).

